

Bezugspreis:

Vom 12. - 24. November 1 Billion oder 1 Goldmark vor aus zahlbar. Unter Kreuzband vom 12. - 24. November für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 1200 Milliarden, für das übrige Ausland 1400 Milliarden. Postbezugspreis einschließlich.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Reif“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2306-2307

Freitag, den 23. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verkehrsamt: Berlin SW 68 - Bankkonto: Direktion der Postkontokorrentkassen, Postkontostelle Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareilzeile 0,70 Goldmark, Reklameweile 1,50 Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (ausführlich zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Streifenzeile das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar gestellt durch 4,20.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 9 Uhr nachm.

Sozialdemokratischer Mißtrauensantrag.
Strefemanns Rechtfertigungsversuch.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat nach dem Plenum zu einer Sitzung zusammen und beschloß mit großer Mehrheit, folgenden Mißtrauensantrag einzubringen:
„Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand gegen Sachsen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorliegen, in schärfster Form angewandt, gegen die verfassungswidrigen Zustände in Bayern aber nichts Entscheidendes getan. Sie hat daher nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Die achtstündige und teilweise dramatisch erregte Reichstagsfraktion des gestrigen Tages brachte zunächst eine Rede des Reichskanzlers, die zwei Stunden dauerte, in einzelnen Partien glücklich war, als Ganzes aber — namentlich in bezug auf ihren sachlichen Inhalt — nicht befriedigen konnte.

In keiner der drei großen politischen Fragen, die im Mittelpunkt des politischen Interesses stehen, konnte Herr Strefemann Erklärungen abgeben, die eine Aenderung des bisherigen Kurses erhoffen ließen. In der Frage des besetzten Gebietes ließ er dabei, die von niemandem bestrittene finanzielle Schwäche des Reiches in den Vordergrund zu stellen. Wohl sprach er davon, daß schließlich auch die Väter der ihre noch unverbrauchten Reserven angreifen müßten, um dem besetzten Gebiet zu Hilfe zu kommen — aber einen Gedanken, der bis weit in die bürgerlichen Mittelparteien hinein vertreten wird, vertrat er nicht: nämlich den Gedanken, daß die Leistungsfähigkeit der Besetzten bis zum äußersten ausgeschöpft werden müsse, bevor man daran denken könnte, das besetzte Gebiet im Stich zu lassen.

Was Herr Strefemann über Bayern zu sagen wußte, war noch viel unzureichender. Wenn er auf alle sozialdemokratischen Aufforderungen, endlich einmal energisch gegen Bayern vorzugehen, nichts anderes zu sagen weiß als dies, man dürfe die innere Auseinandersetzung in Bayern nicht stören, so kann man das nur als eine traurige Ausrede bezeichnen. Die innere Auseinandersetzung in Bayern besteht doch bekanntlich darin, daß die feindseligen Brüder nicht nur aufeinander, sondern auch miteinander auf die Sozialdemokraten loszuschlagen und auf alles, was reichstreu und republikanisch ist. Nach den gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers sieht fest, daß die gegenwärtige Reichsregierung gar nicht daran denkt, den Reichsangehörigen, die in Bayern an Ehre, Freiheit, Eigentum und Leben widerrechtlich bedroht sind, auch nur den allergeringsten Schutz zu gewähren.

Ueber den militärischen Belagerungszustand wußte der Reichskanzler nichts anderes zu sagen, als daß er in nächster Zeit teilweise aufgehoben werden soll. In bestimmten Reichsteilen soll also der Ausnahmezustand aufgehoben, in anderen soll er beibehalten werden. Nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dann der Ausnahmezustand dort aufgehoben wird, wo eine Rechtsgefahr besteht, und daß man ihn dort beibehalten wird, wo eine Linksgefahr — nicht vorhanden ist.

Herr Strefemann mußte eigentlich die Unhaltbarkeit seines Standpunktes selbst verstanden haben, als nachher die Ministerpräsidenten von Thüringen und Sachsen, die Genossen Frölich und Hellisch, das Wort ergriffen, um die Zustände zu schildern, die sich unter dem militärischen Belagerungszustand in ihren Ländern entwickelt haben. Das Material, das sie beibrachten, mußte eigentlich genügen, um alle gemein zu beweisen, daß der Reichswehr die Aufgaben nicht übertragen werden dürfen, die ihnen am 28. September übertragen worden sind, Aufgaben, die sie nicht bewältigen kann — am meisten zu allererst sich selbst. Denn was in Sachsen und Thüringen vielfach passiert ist, das ist nicht nur ungerade Unbill für die Betroffenen, es ist auch für die Reichswehr — keine Ehre, und es ist geeignet, zwischen der bewaffneten Macht des Reiches und breiten Massen der Bevölkerung eine tiefe Kluft aufzureißen.

Einer Regierung, die nach solchen Erfahrungen noch immer nicht dazu kommt, den militärischen Ausnahmezustand sofort und allgemein aufzuheben, einer solchen Regierung ist nicht zu helfen — wenigstens kann ihr von den Sozialdemokraten nicht geholfen werden.

Auch sonst stand die Reichswehr im Mittelpunkt des Interesses. Der deutschösterreichische Putschist v. Graefe, der sich in dreifacher Rede seiner Münchener Heldentaten rühmte, ging so weit, in kaum verhüllten Worten auszusprechen, daß er zur Erreichung seiner Ziele auf die Hilfe der Reichswehr rechne. Das gab dem Reichswehrminister Dr. Geßler Ver-

anlassung, mit leidenschaftlicher Erregung gegen die „hochverräterischen Äußerungen“ des Herrn v. Graefe zu protestieren und in stärksten Worten die Verfassungstreue der Reichswehr zu versichern.

Später versuchte Herr Henning, Major a. D., seinen Parteifreund Graefe in Schutz zu nehmen. Er entfesselte durch die Art, wie er es tat, neue Entrüstungstürme. Ungeheure Erregung verursachte seine Behauptung, die Reichswehr habe dem Putschgeneral v. Lossow zu seinem Vorgehen gratuliert, eine Behauptung, die Herr Geßler als Verleumdung zurückwies. Hennings frivole Art, über die Heiligkeit der Eide „in der Republik“ zu sprechen, trug ihm Jurufe des Protestes und der Verachtung bis zur Volkspartei hinüber ein. Selbst Herr Geßler, der Chef der Vaterländischen Verbände, rief Henning zu: „Pui Teufel, was Sie da machen!“

So waren am Donnerstag die Wölischen die traurigen Helden, die am Dienstag die Kommunisten gewesen waren. Diese behaupten sich gestern erfreulicherweise verhältnismäßig verständlich, sie verzichteten darauf, den großen Polizeistandal zu erzwingen, auf den sie es am Dienstag angelegt hatten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern spät abends beschlossen, ein eigenes motiviertes Mißtrauensvotum einzubringen. Sie hat damit gezeigt, daß sie nicht die Absicht hat, in einem Wettbewerbs der Geschwindigkeit mit Deutschnationalen und Kommunisten zu treten, deren Mißtrauensanträge schon vor der Reichskanzlerrede eingebracht worden waren. Sie hat die Rede des Herrn Dr. Strefemann abgewartet, und sie hat dann entschieden, wie sie entscheiden mußte. Aus dieser Entscheidung geht klar hervor, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Vertrauensantrag der Mittelparteien, falls er eingebracht worden sollte, ablehnen wird.

Der Reichstag hat gestern, Donnerstag, wie mir bereits im Abendblatt meldeten, bei sehr starker Besetzung die politische Aussprache fortgesetzt, nachdem Präsident Lobe die Ausschließung des Abg. Remmele (Komm.) auf 20 Sitzungstage samt Begründung mitgeteilt hatte. Als erster Redner sprach, von den Kommunisten mit dem Ruf: Reichszertrümmerer! empfangen,

Reichskanzler Dr. Strefemann:

Die Abg. Bergt und Wels haben ihr Verhalten darüber ausgesprochen, daß der Reichskanzler diese Debatte nicht eröffnet hat. Sie haben daraus gewissermaßen die Forderung gezogen, als wenn die Reichsregierung dadurch die Absicht hätte, sich der Vertrauensfrage zu entziehen. Die Reichsregierung weicht dieser Entscheidung nicht aus, sondern sucht sie sobald als möglich herbeizuführen, da das Land, die Regierung und das Parlament vor klare Verhältnisse gestellt werden müssen.

Der Abg. Wels hat mit Recht an die Spitze seiner Ausführungen die verwerfliche Politik Poincarés gestellt. Schlimmeres an Unerträglichkeit hat wohl keine Politik je mit sich gebracht als die Politik, deren Träger bis zur Gegenwart der französische Ministerpräsident ist, wie sie in einer fortgesetzten Konsequenz schließlich die Grundlage der gesamten politischen und sozialen Zerrüttung Deutschlands ist. Der französische Ministerpräsident hat kürzlich der Verlogenheit Ausdruck gegeben über die radikalen Tendenzen, die sich in Deutschland ausbreiteten, namentlich der radikalen Tendenzen — wie es wohl genannt war — „nationalistischer“ Art. Es wäre töricht, irgendwem leugnen zu wollen, daß die Entwicklung in Deutschland dem Extrem zueilt.

Das zeigen auch die Wahlen, die überall ein Zustromen des Volkes nach diesem Extrem erkennen lassen. Aber die Ursachen dieser Entwicklung liegen auch vollkommen klar. Wenn der französische Ministerpräsident und die französische Politik ausdrücklich den Wunsch hätten, den sie zum Ausbruch gebracht haben, eine Stabilität über deutschen Verhältnisse auf der Basis konstitutioneller Demokratie zu sichern, so würde es in ihrer Hand liegen, den Boden zum Extrem und zum Radikalismus in Deutschland den Boden zu entziehen. (Zustimmung.) Welches ist schließlich die Grundlage dieser Erscheinungen? Das Element der Verhältnisse kreibt die Menschheit zum Extrem. Der Kommunismus zieht seine stärksten Stützen aus dem sozialen Elend, der Restradikalismus aus den fortgesetzten Demütigungen, denen das Deutsche Reich und jede deutsche Regierung unbeschadet ihrer parteipolitischen Einstellung bisher ausgegesetzt gewesen ist. (Sehr wahr!) Bisher ist

jede deutsche Regierung gelächelt an dieser Politik Frankreichs. Als Dr. Rathenau das Außenministerium übernahm, habe ich als Abgeordneter ausgeführt, und das nehme ich auch für mich in Anspruch, solange ich an dieser Stelle stehe, daß eine, ganz starke Disziplin bestehen wird zwischen dem Leiter der Politik, der lediglich der Leiter eines ohnmächtigen Deutschlands ist, und der sich dieser Politik Frankreichs auf der einen Seite und dem mit Recht hochgeschätzten Nationalgefühl eines Volkes mit dieser Vergangenheit und diesen Leistungen, mit diesem Dauen aber in der Gegenwart gegenüberstellt. Wenn man in Frankreich etwa das Empfinden hat, daß das konstitutionelle Leben in Deutschland in der Auflösung

begriffen sein könnte und daß Deutschland sich dem Radikalismus in die Arme wirft, so liegen die Grundlagen dieser Entwicklung in der Politik, die von außen gegen uns getrieben worden ist (Sehr wahr!), auf deren Wegstrecke die einzelnen Stappen der wirtschaftlichen und sozialen Verwüstung Deutschlands gelegen sind. (Bärmende Jurufe bei den Kommunisten: Dabei hat Herr Stinnes mitgeholfen!)

Präsident Lobe: Herr Abg. Höllein, ich bitte, den Reichskanzler nicht fortgesetzt zu unterbrechen. Ich möchte Sie sonst zur Ordnung rufen! (Unruhe bei den Kommunisten.)

Reichskanzler Dr. Strefemann (fortfahrend): Der Abg. Bergt hat in seiner Kritik der auswärtigen Politik... (erneute lärmende Unterbrechungen durch die Kommunisten) gesagt, die auswärtige Politik der Regierung sei ein einziger Mißerfolg gewesen. Er hat später die auswärtige diplomatische Lage gekennzeichnet und hat darin noch hier und da etwas Erfreuliches gesehen. Aber er hat seine Kritik nach zwei Rezepten eingeschleift. Die innere Lage — ich gebe ihm darin vollkommen recht — ist hoffnungslos. Ich bemerke mit aller Offenheit, ich sehe auch keinen Weg, vorläufig diese trostlose Lage zu bessern. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wenn Sie (zu den Kommunisten) in der Lage sind, diesen Weg zu zeigen, so machen Sie aus Ihrem Herzen keine Märdergrubel! Wenn aber auch

die innere politische und wirtschaftliche Lage trostlos

ist, so ist es mindestens infolge, wenn die Deutschnationalen auf der einen Seite aus der innerpolitischen Lage — ob die Regierung nun in einzelnen Instanzen war, sie zu meistern oder nicht — die Konsequenz ziehen, der Regierung ihr Mißtrauen zu bekunden, auf der anderen Seite aber, wo sie erklären, die diplomatische Lage habe sich gebessert, hinzuzufügen: daran hat die Regierung keinen Anteil. In beiden Fällen muß die sachliche Prüfung einfließen.

Ich habe neulich im Auswärtigen Ausschuss darauf hingewiesen, daß der „Vorwärts“ gelabelt hat, man habe in den Kreisen der Reichsregierung Optimismus gezeigt in bezug auf die Verhandlungen mit Frankreich. Man kann mit vollem Recht die Frage stellen: Warum habt Ihr mit Frankreich zu verhandeln gesucht? Wart Ihr Euch nicht der Ausschließlichkeit der Verhandlungen von vornherein bewußt? Auch wenn man sich der Ausschließlichkeit dieser Verhandlungen bewußt gewesen ist, hätte man den Versuch zum Verhandeln machen müssen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Rhein und Ruhr sind viel zu bedeutsam, als daß man nicht das Beste an Verhandlungsmöglichkeit hätte erschöpfen müssen. (Erneute Zustimmung.) Dabei bin ich durchaus nicht von einem grundlosen Optimismus getrogen gewesen. Ich darf daran erinnern, daß ich bei der Aufgabe des passiven Widerstandes der großen Skepsis darüber Ausdruck gegeben habe, ob diese Aufgabe des Widerstandes die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder in Gänge bringen und erträgliche Verhältnisse dort schaffen werde. Nun ist der passive Widerstand beendet, und meine Skepsis hat sich bestätigt. Wir hatten zunächst alle anderen Möglichkeiten erschöpft, um

die Aufgabe des Widerstandes

zu vermeiden. Wir haben unsererseits ganz bestimmte Vorschläge für die Inangriffnahme der Industrie gemacht. Der Reichskanzler schiedert im einzelnen das Scheitern aller deutschen Versuche, mit den Einbruchsmächten zu einer Verständigung zu gelangen, und fährt fort: Die Erhöhung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung ist nicht nur eine deutsche Sorge, sondern eine Angelegenheit der Weltrechtlichkeit normaler Beziehungen der Weltwirtschaft. (Rufe der Kommunisten: Stinnes!) Mit Herrn Stinnes müssen Sie sich schon persönlich unterhalten. (Kommunistische Rufe: Sie treiben doch keine Politik!) Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ scheint darüber anderer Ansicht zu sein. (Heiterkeit.) Wir wollen der Welt nicht das deutsche Elend verschleiern. Wir haben die charitative Hilfe des Auslandes angerufen und wir sprechen den herzlichsten Dank aus, vor allem den Deutschamerikanern und den Brüdern aus Österreich (Rufe der Kommunisten: Die Arbeiterhilfe und das russische Brot erwähnt er nicht!) Das Versprechen, 24 Stunden nach Abbruch des passiven Widerstandes mit uns zu verhandeln, ist gebrochen worden. Es hat sich

der weltgeschichtliche Standal

ereignet, daß Frankreich die Verhandlung mit der verantwortlichen deutschen Regierung ablehnte, so daß wir einzelne Kreise der Bevölkerung mit den Verhandlungen beauftragen mußten. Ueber alle Einzelheiten dieser Verhandlungen mit den Industrielassen werden wir gern den Reichstag in einem Bericht untrüglich berichten. Wenn erstärkt wird, man hätte diese Verhandlungen nicht an der politischen Frage der Anrechnung der Wersungen auf das Reparationskonto scheitern lassen dürfen, so muß ich sagen: Wir haben gesehen, was sich in der Weltgeschichte ergeben hat aus dem Schuldbekenntnis von Versailles. Sollen wir durch irgendeine Erklärung auch noch den Ruhrstreik legalisieren? Würde ich anerkennen, daß die Kohlenlieferungen anerkannt werden sollen nicht auf die Reparationen, sondern auf Bezahlung des Ruhrstreiks, dann würde ich den Ruhrstreik legalisieren, und das ist ausgeschlossen. (Lebh. Beifall d. Mehrheit.) Das wäre auch eine Monarchie gegenüber unseren übrigen Gläubigern. Es geht jetzt darum, die Grundlage festzulegen für eine ganze Zukunft. Wir sind am Ende unserer Kraft.

Wir können die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge nicht länger aufbringen. Die Politik ist in einem so geschwächten Bande wie

Deutschland in Abhängigkeit von Wirtschaft und Währung. Der Vorstand der Rentenbank hat seine Wünsche der Regierung nur eben so vorgetragen wie andere Wirtschaftsgruppen. Ich bin nicht in allen Punkten mit ihm einverstanden gewesen. Der Meinung bin ich allerdings, daß eine Befreiung der Wirtschaft ohne eine baldige Lösung der Arbeitszeitfrage nicht möglich ist. (Zurufe d. Komm.) Es ist eine quartarische Aufschauung, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit vermehre. (Abg. Ledebour (H. Soz.): Was Sie sagen, ist höchstens Quinthal.) Wenn der Verfallener Vertrag zerrissen ist, so von den Mächten, die uns nicht einmal die geringsten Rechte zubilligen, die uns dieser Vertrag gewährt. Wir wollen keine Fortsetzung der Rheinlande; aber wenn wir mit schwerem Herzen von einem Teil der Reichsgewalt im Rheinland Abschied nehmen müßten, so geschieht es aus der Erwägung, daß wir unmöglich in dem Augenblick, wo wir die Leistungen für unser hungerndes Volk einstellen müssen, weiter zahlen sollen an den Gegner. Die Politik, die mir zu meiner größten Enttäuschung im „Vorwärts“ als Förderung separatistischer Bestrebungen ausgelegt worden ist, hat die volle Unterstützung des preussischen Staatsministeriums unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gefunden. (Hört, hört!) In dem Augenblick, wo die durchaus im Sinne unserer Anströmungen erfolgenden Verhandlungen im Rheinland einen Abschluß finden, der dort wieder die Arbeitsmöglichkeit schafft, in dem Augenblick wird auch wieder die nötige gleiche Behandlung der Arbeitslosen im ganzen Reich eintreten. Um bescheiden Gebiete mehr geteilt werden als bisher, sonst lohnt die Produktion die Kosten nicht. (Sr. Unruhe d. Komm. Ruhe: Stimmes!)

Was geht mich denn Herr Stinnes an? Er ist nicht der Parteiführer, sondern ich! Wenn wir von den Verhandlungen im Rheinland ausgeschlossen sind, dann ist es besser, wenn diese Verhandlungen dort geführt werden durch Gremien, in denen alle Wirtschaftsgruppen und Parteien vertreten sind. Dieser vorübergehende Abschied von der Ausübung eines Teils der Reichsgewalt würde auch der Welt den säkularen Beweis liefern, daß dort ein Okkupationsgebiet durch Frankreich geschaffen ist, das nicht einmal die Rechte eines Okkupationsgebietes hat. In welcher Form die Dinge im Rheinland geregelt werden, das ist noch nicht abgeschlossen, darauf kann ich nicht eingehen. Wir müssen aber auch die Länder den Appell richten, ihre Kräftequellen dieser großen Aufgabe zur Verfügung zu stellen.

Der Kanzler weist den von links erhobenen Vorwurf zurück, als fehle es der Reichsregierung an der gerechten Einschätzung der wirtschaftlichen Kräfte. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Politik leider vielfach zu einem Objekt der Währungsentwicklung geworden.

des Wort Dr. Hilferding's muß ich auch heute durchaus unterschreiben. Wenn jetzt der Übergang zur Wertbeständigkeit nicht eine Fiktion sein soll, nicht irgendein Traum, der zusammenbricht und der dann die Verzweiflung verleiht, dann muß eine Regierung abhängig sein von diesen finanziellen Verhältnissen und sich in ihrer Wirtschaft- und Finanzpolitik in erster Linie davon leiten lassen. Wir müssen den Etat zu balancieren suchen, sonst können wir keine feste Währung erzielen. Herr Hergt verlangt auf der einen Seite Ordnung der Finanzen und kritisiert auf der anderen Seite den Abbau der Beamten. Beides geht nicht. (Beif. Zustimmung d. H. Soz. Partei.)

Der Reichstagspräsident wendet sich nun zu den Fragen der inneren Politik und führt aus: Es gibt wohl niemand, der nicht mit Heftiger Erregung die Vorgänge begleitet hat, die sich am 7. und 8. November in München abspielten. Der Abg. Hergt ist ja sehr schnell mit dem Problem fertig geworden, er stellt fest, die Reichsregierung sei schuld, sie habe die Explosion herbeigeführt. Das erste Erfordernis für eine Reichsregierung ist doch Autorität nach innen; davon mag es uns fehlen, aber

sozial Autorität ist die verfassungsmäßige Regierung in Bayern haben wir auch gehabt. (Große Heiterkeit.) Das war ja das Bedauerliche, daß diese Regierung, die verfassungsmäßig vorhanden war, sich in Abhängigkeit begeben hat von Kommunisten, die nicht der Staatsautorität dienen und also nicht geeignet waren, sich zu Protektoren einer Regierung aufzuwerfen.

Wenn man der Reichsregierung vorwirft, sie sei gegenüber diesen Vorgängen hilflos gewesen, so darf ich nur auf das eine verweisen, daß die Maßnahmen, die die Reichsregierung am Abend des 8. November getroffen hat, ganz klar und eindeutig gewesen sind. Wenn nicht Vorgänge gekommen wären, die am nächsten Tage zu der Erklärung in Berlin führten, daß in Bayern die verfassungsmäßige Regierung wieder im Vollbesitz ihrer Macht wäre, dann würde die Reichsregierung alles aufgeben haben, um die verfassungsmäßigen Zustände wieder herzustellen. Gegenüber dem Vorwurf, daß wir nicht schon früher auf Bayern eingewirkt hätten, übernehme ich durchaus die Verantwortung aus zwei Gründen. Wir hätten alle Veranlassung, die verfassungsmäßige Regierung in Bayern zu stützen, die Frage, ob politisch treu oder untreu hat mit der sachgemäßen Einstellung einer Reichsregierung nicht das geringste zu tun. Außerdem ließ die Tatsache, daß diejenigen, die für die Vorgänge des 9. November verantwortlich waren, gegenständig sich beständig, die Hoffnung erwachen, daß diese ganzen illegalen Organisationen damit ein Ende finden würden oder mindestens die Führerschaft einzelner, die diesem Kampf das Gepräge gegeben hat. Es wäre direkt politisch falsch gewesen, in diese Auseinandersetzungen von hier aus eingreifen zu wollen. (Zurufe d. Komm.: Sie haben Vossow ermüdet.) Die Unterstützung d. Vossows durch die Reichsregierung ist etwas, was bisher noch nicht behauptet worden ist. (Wiederholte Zurufe des Abg. Ledebour: Sie sind der hauptstädtliche Präsident Lohde ersucht Ledebour diese Zwischenrufe zu unterlassen.) Am allerbedauerlichsten ist es für die Stimmung im besetzten Gebiet, daß die Münchener Vorgänge möglich waren in einer derartigen Zeit, wo alle Parteien im besetzten Gebiet sich einsehen gegen die Separatistenbewegung und mit ihrem Leben kämpfen gegen Unterdrückung, für ein einiges Deutschland, und dann sehen müssen, wie der Gedanke des einen Deutschlands kaputt geschlagen wird durch derartige Puffe. (Sehr wahr!) Und wie wir den derartigen Vorgängen auf das Ausland und auf alle diejenigen, die sich bemühen, Deutschland nicht als kreditwürdig hinzustellen und dem Untergang geweiht! Sie können sich auch vorstellen, wie lange es dauern wird, um Deutschland wieder vertrauenswürdig zu machen. (Lärm der Kommunisten.) Ich habe nicht die Absicht, in einer kommunistischen Fraktionsklausur zu sprechen, sondern im Deutschen Reichstag. (Sehr wahr!) Wenn der deutschen Regierung vorgeworfen wird, sie habe nichts dagegen getan, so darf ich sagen: Ohne den Beschluß der deutschen Regierung am Abend des 9. November wären diese Vorgänge wahrscheinlich nicht auf München beschränkt geblieben. Mancher, der vor der Proklamation der deutschen Reichsregierung stand und sah, daß entsprechende Maßnahmen getroffen worden seien, hat sich dann sicher überlegt, ob er jenen folgen könnte, die derartig vorgegangen sind. Wichtiger als dieser Rückblick ist die

Notwendigkeit der Rückkehr Bayerns zu verfassungsmäßigen Zuständen. (Lärm d. d. Komm.) Man hat der Reichsregierung vorgeworfen, daß sie in Bezug auf die Forderungen des Chefs der Heeresleitung den Bayern überhand habe. Meiner Meinung nach muß das Instrument der Reichswehr und die Autorität der Befehlshaber sich durchsetzen. Das Instrument der Reichswehr würde zerbrechen, wenn sie zu parteipolitischen Zwecken gebraucht würde. Was die Reichswehr geworden ist, ist sie geworden in der Arbeit von vier Jahren für die wir denen danken müssen, die an der Spitze stehen. Diese Autorität darf nicht zerbrechen, und

Zweifel an der Verfassungstreue der Reichswehr sind unbegründet.

Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich bedürft als erste Grundlage die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zu-

ständen und die Unterstellung der Reichswehr unter die Heeresleitung. Dieser Gedanke hat sich auch in weiten Kreisen in Bayern schon durchgesetzt. Andere, liberale Bestrebungen, haben ihren Niederschlag in Anträgen der Bayerischen Volkspartei im Reichstago gefunden. Es haben bereits Besprechungen innerhalb der Reichsregierung auch darüber stattgefunden, inwiefern eine Änderung der jetzigen Verfassung gegenüber den Ländern — das ist nicht nur eine bayerische Frage — möglich ist. Eine Verfassungsänderung zu beantragen, hat jedes Land das Recht. Das im Art. 48 der Reichsverfassung angeführte Reichsgesetz ist bis heute nicht erlassen. Die Länder haben auf der Grundlage dieses Artikels die Möglichkeit, auch ohne Eingreifen des Reiches für die Ordnung der Verhältnisse zu sorgen. Das Zweite ist die Frage der größeren Dezentralisation des Verwaltungswesens, das Dritte die Steuer- und Finanzhoheit. Es handelt sich noch um andere Fragen auf Gebieten, auf denen eine Oberaufsicht des Reiches bestehen kann. Ueber diese Fragen zu einem Einverständnis zu kommen, ist die Reichsregierung bemüht. Ich glaube nicht, daß hierin irgendeine Schwäche der Regierung liegt. Bismarck hat einmal gesagt: „Ich glaube, man soll die germanischen Staaten nicht fragen: was kann, sondern was man gemeinsam sein“, und was nicht gemeinsam zu sein braucht, kann man der speziellen Regelung überlassen.“ Die Länder müssen sich alljährlich im Reich fühlen. Voraussetzung ist aber, wenn man die Verfassung ändern will, die Achtung der Verfassung, die man ändern will. Das wird auch das bayerische Volk beachten, das man doch nicht identifizieren soll mit den Kuffstücken vom 9. November. Es wäre eine gute Tat, wenn der Abg. Hergt seine gestrigen Ausführungen über die Achtung der Konstitutionen auch an die Münchener Studentenschaft angeht ihres Auftretens gegenüber dem Kardinal Faulhaber richten wollte. (Beifall im Zentrum.) Ich komme nunmehr zu den Anträgen, die hier vorgestern gegen die Reichsregierung gerichtet worden sind wegen der

Vorgänge, die sich in Sachsen abgepielt haben sollen (Erregte Zurufe links) angesichts der Inhaftnahme vieler Personen durch die Reichswehr. Es wird so hingestellt, als ob in Sachsen eine idyllische Ruhe geherrscht habe bis zum Einrücken der Reichswehr. Vom ersten Tage meiner Reichstagsanwesenheit an habe ich wiederholt Veranlassung gehabt, den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Zeigler hinzuweisen auf die Terrorakte gegen das gesamte Bürgertum in Sachsen. (Lärm d. d. Komm. — Abg. Koenen (Komm.): Die demokratische Presse hat das selbst widerlegt!) Eine einzelne Zeitung ist nicht imstande, diese Dinge zu widerlegen. (Zurufe links: Zeigen Sie die Terrorakte!) Die Entsendung der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen ist doch auch in den Zeiten der Großen Koalition erfolgt; sie wäre nicht erfolgt, wenn man nicht in allen Teilen der Koalition von ihrer Notwendigkeit überzeugt gewesen wäre. Wenn jetzt an dem Auftreten der Reichswehr in Sachsen Kritik geübt wird, so ist es Sache des Reichswehrministeriums, dagegen Stellung zu nehmen. Bereits vor der Rede des Abg. Wels ist ein militärischer Befehl ergangen, der irgendwelche Verhältnisse gegen die Gefeinde und Willkürakte unterlag. Manche bodauerlichen Vorgänge hätten wir überhaupt nicht erlebt, wenn nicht die kommunistische Agitation in Sachsen sie hervorgerufen hätte. (Große Lärm d. d. Komm. — Rufe: Unerhörte! — Abg. Thomas (Komm.): Sie sind die Reichsmörder! — Ordnungsruf!) Wir haben kommunistische Flugblätter vorgelesen, aus denen diese unerhörte Hehe hervorgeht. (Abg. Thomas (Komm.) wird zum zweiten Male zur Ordnung gerufen wegen fortgesetzter Störung der Verhandlungen und auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam gemacht.) Die kommunistische Betriebsratszentrale hat in unerhörter Weise gegen die Reichswehr gehandelt. (Abg. Thomas (Komm.): Das sächsische Volk wird nicht respektiert!) Im Reichstag bitten Sie (zu den Kommunisten), die Sie nur eine Kinderheit sind, als ob Sie das ganze Haus verträten, und in Sachsen tun Sie, als ob Sie das ganze sächsische Volk verträten. — Der Kanzler sagt nun

zur Frage des Reichsausnahmestandes: Die Vertreter der Arbeiterparteien haben mir auch die Frage vorgelegt, ob der Reichsausnahmestand in den ruhigen Teilen des Reiches nicht durch den zivilen Ausnahmezustand ersetzt werden könnte. Im Charakter des Ausnahmezustandes liegt es, daß er begrenzt ist. Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten habe ich mich

grundsätzlich zur Aufhebung des Reichsausnahmestandes bereit erklärt, sobald die Verhältnisse es gestatten würden. (Zurufe links: Was ist denn geschehen?) Das nichts Geschehen ist in Norddeutschland, das ist die Wirkung des Reichsausnahmestandes. Ich habe mit dem Reichspräsidenten die Frage erneut geprüft, ob in absehbarer kurzer Zeit die Aufhebung erfolgen kann. Sie kann meiner Meinung nach erfolgen in den Gebieten, in denen Ruhe herrscht und die Gewähr der Aufrechterhaltung dieser Ruhe gegeben ist. (Hört, hört! links.)

Der Kanzler wendet sich dann zu den wirtschaftlichen Fragen. Es ist der Reichsregierung der Vorwurf gemacht worden, die Vorlage über werbeständiges Geld sei viel zu spät erfolgt. Reichsminister Dr. Hilferding hat mit Recht darauf hingewiesen, daß man mit der Ausgabe werbeständiges Geldes unbedingt so lange zögern müsse, bis die größten Ausgaben für das besetzte Gebiet erledigt und beendet seien. Sonst würde das werbeständige Geld sich eben unmöglich lange werbeständig haben erhalten können. Die Schaffung einer Zwischenwährung war unbedingt nötig. Auch die Banken, also Sachverwalter, die sich mit der Schaffung einer Goldnotenbank in Köln befaßt, erklärten, daß mindestens zwei bis drei Monate vergehen müßten, ehe die ersten Goldnoten in den Verkehr kämen. (Hört, hört!) Das Reichskartellgesetz und das Arbeitszeitgesetz müssen in ganz kurzer Zeit verabschiedet werden. Das Reich kann diese Dinge aber nicht allein lösen, sondern es braucht ausländische Kredite. All das aber, was in der Presse steht von Verhandlungen mit amerikanischen Finanziers usw. ist offiziell an die Reichsregierung nicht gekommen. Was offiziell an sie beangeworfen ist, ist das Anerbieten des Vorsitzenden des Reichsgrundbesitzerverbandes, uns einen Kredit von mindestens einer Milliarde Goldmark zur Beschaffung von Lebensmitteln zu geben, allerdings unter der Voraussetzung einer Gewähr für die Schaffung einer stabilen Währung. Eine Rechtsentwicklung wie in Italien wäre die am wenigsten mündenswerte Grundlage für eine derartige Hilfe des Auslandes. Andere Verhandlungen ironischer Art kenne ich nicht, sind uns nicht bekannt. Es ist nicht meine Schuld, daß dieses eine Angebot schließlich für die jetzige Reichsregierung gemacht ist. Beider sind schon wieder, unterstützt durch ausländische Spekulationen, Rufe am Werke, die sich bemühen, die Rentenmark in eine ungeliebte Bewegung hineinzubringen. Wir müssen eine starke Forderung haben. Was zur Verfügung steht, wird für die notwendigen Reichsbedürfnisse so knapp werden, wird sich demnach auch auf Rhein und Ruhr auswirken, daß eine Ergänzung dieser Mittel durch weitere Kredite mir als eine Notwendigkeit erscheint. Wir müssen an diejenigen, die sich der Bedeutung Deutschlands für die Stabilisierung der Weltwirtschaft und auch dessen Bewußt sind, daß wir allein zu schwach dazu sind, unseren Appell richten:

wir sind zu schwach dazu seit diesem Frieden, der nichts ist als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Nach einem ehrenden Aufbruch für Hagenstein spricht der Kanzler über spekulative Treibereien gegen die Rentenmark und fährt fort: Wir sind erst jetzt eigentlich in die Liquidation des verlorenen Krieges und Friedens eingetreten. (Zustimmung.) Deutschland erliegt dem Druck seiner Gegner. Unsere einzige Waffe ist die Solidarität des deutschen Volkes. Da darf keine Scheidung künstlich gemacht werden zwischen den sogenannten „nationalen“ und nicht nationalen Parteien. Jetzt geht es nicht um Restauration oder

Revolution, sondern um Evolution und Zusammenfassung. Nach politisch kann auch im Innern nicht dauernd getrieben werden. Ich sage offen, daß ich den Zusammenbruch der großen Koalition bedaure. Davin stimme ich überein mit Herrn v. Kahr, der ja auch sein Bedauern ausgesprochen hat darüber, daß er bei der Bildung seiner früheren Regierung nicht die Beistimmung der Sozialdemokraten fand. (Große Heiterkeit.)

Nachdem der Kanzler sich dann noch für das parlamentarische System eingesetzt hat, wendet er sich zu der Kritik, die Herr Hergt als Chef der neuen Regierung

an der alten Regierung geübt habe. (Heiterkeit.) In deutschnationalen Blättern habe ich sehr oft eine Kritik an der Programmlosigkeit des heutigen Kabinetts gelesen. Ich habe allerdings die Meinung, daß Sie mit Programmen die heutige Zeit heilen können. (Abg. Graf Westarp (Dnat.): Wir verlangen Taten!) In dieser Beziehung hat die Regierung genug getan, ob Fallisches oder Richtiges, jedenfalls haben wir uns vor der Verantwortung nicht gescheut. Das Programm, das ich gestern gehört habe, schien mir aber auch keine Grundfragen zu geben. (Sehr wahr! in der Mitte.) Herr Hergt versichert, er wolle keinen Westbrand — hoffentlich auch keinen Hausbrand. (Heiterkeit.) Das ist selbstverständlich. Denn wenn irgendein Volk den Wunsch haben muß, in Frieden zu leben, so ist es doch wohl das deutsche. Herr Hergt hat auch erklärt, daß für ihn nicht die sofortige Wiederherstellung der Monarchie in Betracht käme und er hat Kritik geübt an dem Beamtensabbau, der in einzelnen Punkten hinweggegangen sei über wohlerworbene Rechte. Aber sonst habe ich alle positiven Reden, was nun Besseres geschehen solle, vermisst. (Sehr wahr! Zustimmung bei der Mehrheit, Unruhe d. d. Dnat.) Ich habe gar keinen Hehl daraus gemacht, wie schwierig überhaupt der Weg ist. Ich sehe ihn überhaupt noch gar nicht. Und wenn jemand da ist, der ihn sieht, wenn Parteien da sind, die diesen Mann stützen, wenn Sie eine ruhige, sichere Grundlage haben für das verfassungsmäßige Leben dieses Kabinetts, dann haben Sie (nach rechts) nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, diesen Mann an die Stelle meines Kabinetts zu setzen. Gewiß, eine Kabinettskrise soll nicht länger dauern als 24 Stunden. Aber mir scheint, daß

hier mehr eine Parlamentskrise besteht als eine Kabinettskrise. Denn die Entsendung eines Kabinetts durch ein anderes geht doch voraus, daß ein Kabinetts des Vertrauens da ist, daß Persönlichkeiten da sind, die sagen: „Räume keinen Platz, damit ich mich darauf lege!“ (Bewegung!) Sie haben das Recht und die Pflicht, Ihr Urteil zu sprechen und ich habe den Herrn Präsidenten schon am Dienstag gebeten und heute wieder gebeten, die Entscheidung nicht aufzuschieben, sondern sie herbeizuführen. Ein Ministeramt in Deutschland ist ein sehr hohes Amt. Dr. Cuno sagte mir: „Ich verlasse das Haus gern, in dem ich keine glückliche Stunde meines Lebens verbracht habe.“ Sie haben uns veranlaßt, die Geschäfte zu führen. Es war unsere Aufgabe, vor dem Lande nicht irgendein Vakuum zu schaffen. (Abg. Höllein (Komm.): Secht macht alles!) Ich habe Ihnen meine Meinung hier dargelegt ohne jede Verschönerung und ohne jede Verschönerung. Mein Entschluß über uns unser Gewissen. Wir hatten Ihre Entscheidung in der Ueberzeugung und in der Gemütsheil, daß wir unsere Pflicht gegenüber dem Lande getan haben. (Beifall der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Demokraten und Handbesten auf den Tribünen, das dem Präsidenten zu einer Ruhe veranlaßt.)

Zwischen ist folgender Antrag der Deutschnationalen eingegangen: Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf. (Schluß des Berichts in der Beilage.)

Wer hört die Ruhe?

Wir haben bereits gestern Donnerstag im Abendblatt über das zehntägige Verbot unserer „Dresdener Volkszeitung“ wegen einer Zusammenstellung von Ausschreitungen des Militärs berichtet und dabei erwähnt, daß General Müller sich selbst genötigt gesehen hat, einen Befehl gegen diese Ausschreitungen zu richten. Diese Anordnung hat folgenden Wortlaut: „Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund einseitiger und ungeprüfter Angaben erfolgt sind. Die Folge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch in den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch unmittelbar im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen Behörden und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne zwingenden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß gesetzt werden können.“

Ferner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz unwürdiger Verhandlungen und schwerer Mißhandlungen von Festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt. Es zeugt von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn derartige, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste gefährdende Zustände eintreten, trotzdem ich in meinem Tagesbefehl vom 20. Oktober ausdrücklich auf ein würdiges Verhalten jedes einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein solches Verhalten erschwert mir nicht nur die Durchführung meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.“ Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht offen unterstellen Truppen immerwählig zur Kenntnis zu bringen und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.

Die von mir angeordnete Untersuchung der mir gemeldeten Vorgänge ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen sind zu bestrafen.“

Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von der Sozialdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der Befehlsgewalt erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein Beweis mehr dafür, wie in Wahrheit die Ruhe und Ordnung bedroht und es höchste Zeit ist, den militärischen Ausnahmezustand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß die „unwürdigen Mißhandlungen“ die Billigung des Generals Müller nicht finden.

Landbund stellt Hilfspolizei. Verhandlungen in Thüringen.

Von einem Parteigenossen in Thüringen wird uns geschrieben: Die verlaunet, sollen zwischen militärischen Stellen und dem Thüringer Landbund Besprechungen stattfinden wegen Aufstellung einer Hilfspolizei und deren Einziehung in die reguläre Landespolizei. Die Richtigkeit dieser Nachricht vorausgesetzt, scheint man von militärischer Seite in Thüringen eine ähnliche Regelung des Volkseinsatzes zu beabsichtigen, wie in Sachsen. Eine Nachfrage bei der Thüringer Regierung hat ergeben, daß dieser von jenen Kreisen nichts bekannt ist. Dies ist um so merkwürdiger, wenn die Besprechung zutrifft, daß die Besprechungen mit dem Landbund schon vor einigen Tagen stattgefunden haben sollen. Vielleicht will man auch in Thüringen nach dem Beispiel Sachsens die Landesregierung vor eine fertige Aufgabe stellen?

Ein spätes Geständnis.

Die Rechtsputzschiffen Ursache aller Konflikte.

München, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Oberreichsanwalt erlassenen Haftbefehle gegen die Münchener Hochverräter wurden in Bayern erwartungsgemäß mit neuen Drohungen gegen das Reich beantwortet. Nun nimmt der „Bayerische Kurier“, ein führendes Organ der Bayerischen Volkspartei, in politisch sensationeller Weise Stellung zu dem Verhalten des Oberreichsanwalts. Von Bayern wird nicht bestritten werden können, so lautet der in Frage kommende Passus des Artikels, daß die Politik, um derenwillen der Oberreichsanwalt die Haftbefehle erlassen hat, zugleich auch ein Hochverrat gegen das Reich darstellt, und daß daher an sich eine Zuständigkeit der Reichsgerichtsbarkeit besteht. Ebenfalls wird in Zweifel gezogen werden, daß eine Verschärfung des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich um eines solchen Anlasses willen von bayerischer Seite selbst nicht verstanden werden würde. Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß den Ausgangspunkt und den Anlaß all der großen Konflikte, die zwischen Bayern und dem Reich in den letzten Jahren schwebten, rechtsradikale Verbrechen und Vergehen bildeten und daß es stets rechtsradikale Anlässe waren, die den früheren Nachfolgern im Reich den Vorwand zur Erhebung ihrer unantastbaren Forderungen gaben. Diese Sachlage hat Bayern bei den früheren Konflikten trotz seines guten Rechts in einer Weise moralisch belastet, daß diese Belastung nur schwer getragen werden konnte. Wenn nunmehr ein Verbrechen, das Bayern an den Rand des Abgrundes brachte, ein Verbrechen, das zum Teil von Personen verübt wurde, die von glühendem Haß gegen Bayern befeuert sind, Anlaß zu einem neuen, schweren Konflikt zwischen Bayern und dem Reich bilden sollte, so würde das in Bayern nicht begriffen werden.

Es ist gewiß ein überaus interessantes Eingeständnis, daß die seit Jahr und Tag vom offiziellen Bayern verhässelten Rechtsradikalen die eigentliche Ursache der ewigen Konflikte zwischen Bayern und dem Reich waren. Früher lag nach der Ansicht derselben Leute alle Schuld ausschließlich beim Reich, insbesondere bei den jeweils zuständigen republikanischen und sozialdemokratischen Reichsministern. Wer dieser Ansicht entgegentrat, wurde als Heizer gegen Bayern verdächtigt und gebrandmarkt. Die jetzige weißblaue Sinnesänderung ist auf den dringenden Wunsch von dieser Seite zurückzuführen, das Reich möchte doch Bayern befreien, um es von dem schwarzweißroten Rechtsradikalismus zu befreien, mit dem es allezeit nicht fertig werden kann. Es ist dies genau dieselbe Entwicklung wie im Jahre 1919, wo auch nur mit Reichshilfe München vom Räteröckel erlöst werden konnte.

München, 22. November. (Gca.) In Münchener politischen Kreisen sieht man mit großer Beforgnis etlichen Schritten des Reichsanwalts hinsichtlich einer strafrechtlichen Verfolgung und Auslieferung der am Münchener Putsch beteiligten Personen entgegen. Der „Regensburger Anzeiger“ erklärt, daß ein derartiges Vorgehen eine politische Kurzsichtigkeit sondergleichen wäre, die namentlich das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich auf das schwerste belasten würde. In maßgebenden (Wer ist maßgebend?) politischen Kreisen verläutet, daß Bayern unter keinen Umständen in dieser Angelegenheit auf seine Justizhoheit verzichten würde und daß eine Auslieferung der in Haft befindlichen Personen an den Leipziger Staatsgerichtshof nicht in Frage kommen könnte.

Ludendorff der Meuterer.

Die bayerische Regierungspresse versucht jetzt wenigstens den „Preußen“ Ludendorff zur Strecke zu bringen, wenn schon die Befreiung des Generalstaatskommissars v. Kahr augenblicklich nicht opportun ist. Die regierungsoffiziellen Organe sind voll von Angriffen gegen Ludendorff, der anscheinend wieder mal auch beim Novemberputsch „von nichts gemutet“ haben will. Nachdem ein Vermittlungsversuch des Verbandes bayerischer Offiziersvereine gescheitert ist, greift der bayerisch-vollsparteiliche „Bayerische Kurier“ Ludendorff in der schonungslosesten Weise an. Er macht die Legende von dem ganz unschuldigen, nichts ahnenden Ludendorff, der genau so zufällig, wie er im März 1920 des Morgens in aller Herrgottsfröhe am Brandenburger Tor spazierging, auch an dem trübsamen Novemberabend in München ganz ahnungslos und zufällig in den Bürgerbräukeller kam, von Grund aus lächerlich. Er gleicht den angeblichen „guten Glauben“, in dem sich Ludendorff befunden haben soll:

„Diese Darstellung verkennt vor allem die entscheidende Tatsache, daß sich Ludendorff auch dann einer Beteiligung am Hochverrat schuldig gemacht hat, wenn es richtig wäre, daß er zunächst sich im „guten Glauben“ über die vermeintliche Mitwirkung von Kahr befunden hätte. Denn das Unterehmen hätte durch die Mitwirkung v. Kahrs nicht seinen rechtlichen und politischen Charakter als Hochverrat verloren; auch in diesem Falle hätte es sich um einen gescheiterten Sturz der Regierung gehandelt, um einen „Putsch“, bei dem die ordnungsmäßige Gewalt gestürzt und gegen Mitglieder des verfassungsmäßigen Kabinetts rechtsmüßige Gewalt ausgeübt worden ist. General Ludendorff hat zum wenigsten und spätestens in dem Augenblick, in dem er zum Bürgerbräukeller kam, erfahren, daß gegen die Versammlungstalschamer und gegen die Regierungsmitglieder Gewalt angewandt worden ist; er hat dessenungeachtet sich zum Eintritt in die revolutionäre Regierung bereit erklärt; und zwar geschah die Erklärung unbedenklich ernsthaft und nicht nur zum Schein.“

Rach viel vernichtender ist die Kritik des Ludendorffschen Verhaltens an dem Tage nach dem Putschversuch. In dem Eintraten Ludendorffs für einen bewaffneten Demonstrationszug sieht der „Bayerische Kurier“ den Versuch, die Situation für Hitler und Ludendorff durch ein Uebernehmen der Reichswehr zu retten.

„Der von General Ludendorff veranlaßte und geleitete Demonstrationszug hatte mithin vor allem und hauptsächlich den Zweck, die Reichswehr für die Bewegung zu gewinnen, sie den ordnungsmäßigen Führern abspenstig zu machen. ... General Ludendorff hat sich erst im letzten Augenblick und nach dem Scheitern dieses — denn erst in diesem Augenblick war es gewiß, daß die Probe mißlungen sei.“

Daß die Mut dieser Kreise gegen Ludendorff zu einem Teil zweifellos auch auf die separatistischen Reigungen gewisser bayrischer Kreise zurückzuführen ist, ändert nichts an der Tatsache, daß der „Bayerische Kurier“ in diesem Fall rechtlich und politisch das Vorgehen Ludendorffs als das beurteilt, was es ist, als gewöhnlichen Hochverrat, der dadurch nicht besser wird, daß der führende Träger dieser Bewegung nicht den Mut hat, sich zu seinen Taten zu bekennen. Der „Bayerische Kurier“ und noch viel mehr die bayerische Regierung erntet in dem Wirrwarr, der in der Ordnungsjahre entstanden ist, freilich nur die Saat, die man in Bayern hat aufgehen lassen. Die Ohnmacht der bayerischen Regierung, die den Hitler-Ersatzmann v. Kahr nicht zu befehligen vermag, ist nur die Quittung für die Politik,

die die „Verbände“ zu dem entscheidenden politischen Faktor erst hat werden lassen.

Nicht minder energisch als der „Kurier“ geht der „Riesbacher Anzeiger“ gegen Ludendorff vor. Er stellt ihm folgende neun Beweissfragen:

1. Haben Sie am Donnerstag, den 8. November, abends 7 1/2 Uhr, nichts von dem Ueberfall Hitlers gemutet?
2. Warum hat am Donnerstag, den 8. November, mittags, in einer Sitzung des Amtsgerichtes München in Ihrem Beisein Ihr Anwalt die Fortsetzung der Verhandlung für den gleichen Nachmittag abgelehnt, weil Sie unabschämlich seien, weil schon in wenigen Stunden schicksalsschwere Ereignisse sich vollzogen haben könnten?
3. Sind Sie der Meinung, daß Adolf Hitler überhaupt auf einen solchen Putsch hingearbeitet hätte und ihn wirklich so unüberlegt gemutet hätte, wenn er nicht auf Ihre Zustimmung und Ihr Einverständnis hätte bauen können?
4. Wenn Sie nichts von Hitlers Vorhaben wußten, warum haben Sie am Donnerstag, den 8. November, abends ein Viertel über 9 Uhr, nicht im Bürgerbräukeller in jenem Nebenzimmer sich entschieden dagegen verwahrt, daß Hitler einen der geehrtesten Hoerführer Deutschlands wie eine Marionette zu behandeln magte?
5. Wußten Sie nicht, daß Sie noch am Abend des 8. November für beide Lager, für die Bergemäßigten wie für die Bergewaltigen eine unbestrittene Autorität waren und daß diese Autorität als nationales Gut von Ihnen geschützt werden mußte vor Mißbrauch durch revolutionäre Romane?
6. Nachdem Sie Freitag, früh einhalb 6 Uhr, bereits wußten, daß Bayern nicht mehr zu blaffen ist, als was sind Sie im Bürgerbräukeller geblieben und als was haben Sie den Demonstrationszug nach der Stadt geleitet, als Generalkommandant der „nationalen Erme“, als militärische Autorität oder als gehorsamer Gefolgsmann Hitlers?
7. Halten Sie Adolf Hitler für eine reine, gutgläubige deutsche Seele oder für einen Verworfenen?
8. Halten Sie sich für verpflichtet, über einer reinen deutschen Seele zu wachen, und halten Sie sich für fähig, das willenslose Spielzeug eines Verworfenen zu werden?
9. Lieben Sie sich oder lieben Sie Deutschland, wollen Sie die kaffende Wunde in der deutschen Seele schließen, indem Sie in zeitlicher Größe die Schuld auf sich nehmen oder wollen Sie die Wunde unheilbar machen, indem Sie zulassen, daß man Hitler opfert?

Was Ludendorff tun wird, ist kaum zweifelhaft. Sich wird er nicht opfern, ER wird versuchen, nach wie vor im Hintergrund zu bleiben, SEHR Ehrenwort, nichts gegen die verfassungsmäßige Regierung zu unternehmen und ihren gewalttätigen Sturz nicht vorzubereiten, wird er zweifellos nur so lange halten, bis ER den Moment für gekommen hält, es zu brechen. Er ist und bleibt der Größenwahnsinnige, der immer noch nicht begriffen hat, daß seine Schuld das Elend ist, für das er andere verantwortlich zu machen sucht. Wie die Entwicklung in Bayern auch gehen wird, die Bewegung, die Ludendorff in die Hand nimmt, die wird verloren sein.

Das Bayern-Parlament ausgeschaltet.

München, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Bemühungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, angesichts der politischen Vorgänge in Bayern den Zusammenritt der Landtagsspleniums zu erreichen, sind ergebnislos geblieben. Sämtliche bürgerlichen Parteien haben sich dahin geeinigt, daß der Ständige Ausschuß des Landtags am Mittwoch, dem 28. November, zusammentritt, um eine Reihe dringender wirtschaftlicher Maßnahmen zu beschließen. Der Ministerpräsident hat sich bereits erklärt, in diesem Anschuß eine Erklärung der Staatsregierung über die letzten Vorgänge in Bayern abzugeben, woran sich eine Ansprache schließen soll.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß am Mittwoch, u. a. folgende Anträge dem Landtag zur Beschlußfassung einzubringen: 1. Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, die sofortige Aufhebung der vom Generalstaatskommissariat erlassenen Verordnung betreffend das Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften, das Streikverbot sowie das Verbot öffentlicher Versammlungen zu veranlassen; 2. Die Verordnung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (bayerischer Ausnahmezustand) vom 26. September mit sofortiger Wirkung aufzuheben; 3. unzugänglich sämtliche Staatsbeamten, die bei der Vorbereitung und Durchführung des Ludendorff-Hitler-Putsches beteiligt waren, vorläufig ihrer Dienste zu entziehen.

Außerdem beantragt die Fraktion die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um eine vollständige Klärung über die Putschvorgänge am 8. und 9. November herbeizuführen.

Der Föderalismus marschiert.

Und der Reichsarbeitsminister mit.

München, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Der als radikaler Föderalist häufig herorgetretene Abg. Schäffer von der Bayerischen Volkspartei hat in einer Rede in Dillingen bei der Besprechung von Verfassungsfragen mitgeteilt, Reichsarbeitsminister Brauns habe jüngst dem Abg. Geld gegenüber geäußert: „Ich stehe als ein bekehrter Sünder vor Ihnen, ich war bekehrter Imperialist, aber heute lebe ich ein, daß der Zentralismus das Verderben Deutschlands ist und daß Weimar Deutschland in Unglück bringt.“ Schäffer erklärte weiter, zur Zeit schwebten ernsthaft Verhandlungen über die Dezentralisierung der Finanzverwaltung und des Verkehrswezens. Die Länder sollten auf Grund dieser Verhandlungen ihre Steuerhoheit wieder zurück erhalten.

Das deutete ja auch Stresemann in seiner Reichstagsrede an!

Teilweiser Reichswehrabzug aus Thüringen

Weimar, 22. November. Heute morgen wurden einige Artillerieabteilungen aus verschiedenen thüringischen Ortshäusern in Weimar verladen, um in ihre Garnisonen zurückbeordert zu werden. Der Stad. der in Weimar stationiert war, hat die Stadt ebenfalls verlassen.

Kommunistische Rüstungen.

Das Volkspräsidium teilt mit: Wie bereits gemeldet, ist die Berliner politische Polizei vor einigen Tagen einem erheblichen kommunistischen Waffenlager auf die Spur gekommen. Es sind bisher weit über 1000 Schusswaffen beschlagnahmt. Es handelt sich hierbei um Waffen der kommunistischen Partei, die zu Aufzügen und Bestrafungen waren.

Darüber wird Herr Roemer seinem Thüringischen Oberregierungsrat Weiz beim Festessen in der Sowjetbotschaft wohl nichts erzählt haben!

Sachsenjagd. Die badische Regierung hat die „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei“ verboten. Auch die Zugehörigkeit zu außerparlamentarischen Dringruppen ist verboten und strafbar.

Teichows Fluchtversuch.

Leipzig, 22. November. (B.S.) Wie ermittelte, kam man im Frühjahr dieses Jahres in der Strafanstalt Sonnenburg einem Fluchtplan des Rathenau-Mörders Ernst Weimer Teichow auf die Spur, der dort seine 15jährige Zuchthausstrafe abhielt. Entworfen war der Plan von einem Strafgefangenen namens Schauer, einem angeblich früheren Fliegeroffizier, der wegen Landesverrats zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden war und s verstanden hatte, sich bei der gemeinsamen Arbeit in der Strafanstalt an Teichow heranzumachen. Er veranlaßte ihn, sich Geld und Kleidungsstücke zu verschaffen, und tatsächlich hat Teichow durch einen Brief, den ein ungetreuer Gefängnisbeamter für ihn beförderte, sich an einen Freund, einen früheren Marineoffizier und jetzigen Bankbeamten namens Huld in Berlin mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Huld hatte sich auch bereit erklärt, die zur Flucht notwendige Zivilkleidung zu Händen des Gefängnisbeamten nach Sonnenburg zu senden. Mittlerweile wurde der Fluchtplan jedoch entdeckt, und in der am 24. Juli vor der Strafkammer in Frankfurt a. d. O. stattgefundenen Verhandlung wurde Huld wegen Verhinderung zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, während Schauer eine Zusatzstrafe von zwei Jahren Zuchthaus erhielt. Teichow selbst stand nicht unter Anklage, da ihm eine strafbare Mitwirkung an dem Fluchtplan nicht genügend nachgewiesen werden konnte. Für Huld hatte dessen Verteidiger Revision eingelegt, so daß sich das Reichsgericht mit dem Fall zu beschäftigen hatte. Das Reichsgericht kam aber aus materiellen und prozeduralen Gründen zu einer Bewertung der Revision.

Das Militärpolizeigericht.

Essen, 22. November. (W.B.) Vor dem französischen Militärpolizeigericht wurde heute gegen sechs Journaletisten des Industriegebietes verhandelt, und zwar gegen Casper, Leiter des W.B., Essen, Hankamer, Chefredakteur der „Essener Volkszeitung“, Hamacher, Chefredakteur der „Essener Arbeiterzeitung“, Schöpf, Lokalredakteur des „Rühheimer Generalanzeigers“, Heuer, politischer Redakteur des „Rühheimer Generalanzeigers“, Bruhn, politischer Redakteur der „Oberhauser Zeitung“. Die Angeklagten sind beschuldigt, einen Artikel verbreitet zu haben, der geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu stören. (Es handelt sich um die Münsterer Meldung über die angeblichen Bedingungen des Generals Degoutie für die Wiederaufnahme der Arbeit.) Redakteur Schöpf, der für diesen Artikel nicht verantwortlich ist, wurde freigesprochen. Die übrigen Angeklagten wurden zu Geldstrafen verurteilt, und zwar Casper, Hankamer, Heuer und Bruhn zu je 20 Goldmark, Hamacher, weil er zu der Hoffmedung noch einen Kommentar hinzugefügt habe, zu 40 Goldmark!

Unser Genosse Hamacher und der Verleger unseres Essener Parteiblattes waren wegen der Notiz von den Franzosen in Haft genommen. Schließlich dürfen sie dafür eine Goldmarkstrafe zahlen, daß sie dem französischen General dasselbe zutrauen, was die deutschen Unternehmer fordern, nämlich die Befreiung des Achtstundentages.

Unruhen in Essen.

Essen, 22. November. (W.B.) Die Kommunisten hatten für heute Nachmittag auf dem Republikplatz zu Kundgebungen aufgerufen. Von auswärts ankommende Flüge wurden von der Polizei zurückgedrängt und aufgeleßt. Dabei kam es besonders in Rothhausen und Steele zu Ausschreitungen. In Rothhausen wurde die dortige Polizeiwache von einer bewaffneten Menge angegriffen. Ein Polizeibeamter wurde getötet. Im Hause des späteren Nachmittags mußte in Essen die Polizei von der Schwelwe Gebrauch machen. Französische Patrouillen mit Panzerkroßwagen standen bereit. Bei der Schießerei wurde ein Polizeibeamter getötet und ein weiterer durch Lungenschuß schwer verwundet. Soweit bisher bekannt, hatten die Demonstranten fünfzehn verwundet. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest. Von der Polizei wurde eine erhebliche Anzahl von Personen, die Waffen bei sich führten, verhaftet.

Deutschland darf nicht erfüllen!

Die Jugeneurkommission hat bei Androhung schwerster Strafen die Kohlenlieferungen nach dem neutralen Ausland untersagt. In Frage kommen die Lieferungen nach der Schweiz gemäß dem Beder-Vertrag und die nach Holland, wofin Deutschland zur Tilgung des 50-Millionen-Gulden-Kredites monatlich 90—100 000 Tonnen auszuführen hat. Frankreich hat seit der Ruhrbesetzung hier die Erfüllung dieser Verträge verboten, jedoch haben die schweizerische und die holländische Regierung immer wieder die Freigabe der Lieferungen durchgesetzt. Im Zusammenhange mit dem erlassenen Verbot hat die Regie die Ausfuhrsteuer nach Holland beschlagnahmt.

Die Kohle für Italien.

Die Reichsregierung hat sich bekanntlich aus finanziellen Gründen gezwungen, auch die Bezahlung für die italienische Reparationskohle einzustellen. Im November standen aus Reichsmitteln noch Gelder zur Verfügung, um 110 000 Tonnen liefern zu können. Nach Abtransport dieser Mengen trat eine Stodung der Abfuhr ein. Nach langen Verhandlungen haben sich am Donnerstag die beiden Blumenthal 1, 2 und 5 bereit erklärt, die Wiederaufnahme der Lieferungen für Italien auf Reparationskonto durchzuführen. Die genannten Kohlen gehören der halbstaatlichen Siberna-Gesellschaft an.

Ministerreden zur Prinzenheimkehr.

In Prag und Warschau.

Im Außenamt des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses hat am Donnerstag Außenminister Dr. Beneß wiederholt, daß die Heimkehr des Kronprinzen eine Frage von internationaler, sogar grundsätzlicher Bedeutung sei. Sollte einmal die Situation in Deutschland für eine Wiederkehr der Hohenzollern günstiger sein, so würden auch der tschechoslowakischen Republik Aufgaben im Sinne ihrer Politik der Vermeidung von Konflikten und der Sicherung des Friedens erwachsen.

Der Minister gab dann seiner Uebereinstimmung mit den neuesten Entente-Rufen an Deutschland und seiner Hoffnung Ausdruck, daß dieser Konflikt (Militärkontrolle) nun beiläufig werde.

Im polnischen Parlamentsauschuß für Außenpolitik erklärte Außenminister Dmowski, die Gerüchte von einem Eingreifen Polens aus Anlaß der Rückkehr des Kronprinzen könnten nur humoristisch gewertet werden, da Polen von keiner Friedenspolitik nicht abweichen werde und auch kein Recht zu Sanktionen besitze. Polen hat von den Alliierten in der Kronprinzenfrage beruhigende Nachrichten erhalten. Andererseits aber müsse auch Polen durch die Militärkontrolle Sicherheiten erhalten. Die angebliche Beteiligung Polens an der Restauration der Mittelsbacher Monarchie gehöre ins Reich der Fabel.

Die Beamtenabbauperordnung ist in Preußen von der Regierung vorläufig zurückgezogen, da bekannt wurde, daß im Reichstag von deutschnationaler Seite ein Antrag gestellt ist, die Verordnung des Reiches im Sinne einer Wahrung der verfassungsmäßigen Beamtenrechte zu ändern, während ein Antrag der Sozialdemokraten die Verordnung überhaupt aufzuheben will.

Wertbeständiges Notgeld vollständig.

Durch den Erlaß der Reichsbank an die Reichsbankstellen, Notgeld nicht mehr anzunehmen, wird, wie der Kammerer der Stadt Berlin, Dr. Kording, mitteilt, der weitere Umlauf des Berliner Stadtnotgeldes nicht berührt. Die Annahme der Reichsbank (schließe) die Annahme von Notgeldscheinen bei den Reichsbankstellen selber aus, offenbar weil damit gegenüber der Reichsbank Mißbrauch getrieben ist. Die Stadtgeldscheine der Stadt Berlin werden von allen städtischen Kassen angenommen und sind vollwertiges Zahlungsmittel. Was namentlich das städtische Goldnotgeld angeht, so wird es auf Wunsch des Finanzministers und der Handelskammer auch für einzelne Firmen zur Verwendung für Löhne und Gehälter ausgegeben, aber selbstverständlich nur gegen vorherige Deckung durch Goldanleihe oder Goldschahandweisungen. Es ist nicht ein Goldnotschein von der Stadtkasse ausgegeben, für den nicht volle Deckung besteht. — Mit dieser Erklärung des Stadtkammerers wird seinen Ausstellungen zu, die sich hämisch bemühen, den Wert des Berliner Goldnotgeldes zu betritteln und dadurch den Kredit der Stadt Berlin zu erschüttern, ein Ende bereitet.

Die Nachricht, daß die Reichsbank vom 22. d. M. an an ihren Kassen Notgeld nicht mehr annimmt, ist in der Bevölkerung vielfach dahin verstanden worden, daß das Notgeld minderwertig sei und kein Vertrauen verdiene. Demgegenüber wird amtlich erklärt, daß diese Auffassung falsch ist. Der Beschlag der Reichsbank beruht auf inneren Gründen und steht mit der Güte des Notgeldes in keinem Zusammenhang. Das Notgeld, das den Ausdruck trägt „Ausgegeben mit Genehmigung des Reichsministers der Finanzen“ ist durch Goldanleihe und Reichsbankanweisungen in voller Höhe gedeckt. Die Deckung ist bei der Reichsbank hinterlegt und durch Sperrvermerk zugunsten des Finanzministeriums sichergestellt. Dieses Notgeld wird nach Wunsch mit den Deckungsmitteln eingelöst. Es besteht keine Veranlassung, dem mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums ausgegebenen Notgeld irgendwelches Mißtrauen entgegenzubringen. Im übrigen muß das Notgeld der Länder und Gemeinden nach der Verordnung des Inhabers der vollständigen Gewalt vom 9. November als gesetzliches Zahlungsmittel von jedermann angenommen werden. Wer dieses Notgeld zurückweist, macht sich strafbar.

Das auf Reichsmark lautende, nicht wertbeständige Notgeld der deutschen Reichsbahn wird nicht nur an allen öffentlichen Kassen, sondern nach einer neueren Vereinbarung der Reichsregierung und des Reichsbankdirektoriums auch an allen Kassen der Reichsbank in den nächsten Wochen eingelöst, bei der Reichsbank, soweit es sich um Stücke von 100 Mark und darüber handelt, Stücke unter 100 Mark werden bei allen öffentlichen Kassen des Reichs in Zahlung genommen oder bei den Kassen der Reichsbahn in größere Stücke umgetauscht. Das noch Ablauf der Übergangszeit nach im Verkehr befindliche Eisenbahngeld wird von der deutschen Reichsbank in Reichsmark eingelöst oder in wertbeständiges Eisenbahngeld umgetauscht. Das wertbeständige Notgeld der deutschen Reichsbahn ist durch Goldanleihe in vollem Umfange gedeckt und wird deshalb dieser völlig gleichwertig behandelt. Das Eisenbahngeld, sowohl das wertbeständige wie das nicht wertbeständige, ist somit ein vollwertiges Zahlungsmittel.

Da ist die Rentenmark.

Über die fetsamen Kanäle, durch die das für den Wirtschaftsverkehr bestimmte wertbeständige Geld von der Bildfläche verschwindet, ist an dieser Stelle bereits gesprochen worden. Jetzt wird uns genaue Mitteilung über einen weiteren dergleichen Fall, den wir der zuständigen Behörde zur gründlichen Nachprüfung unterbreiten. Am 20. November erhielt ein Kassierer der Sparkasse (Hros. Kasse 1) am Rühendam von der Reichsbank angefordertes Geld, darunter einen größeren Posten Rentenmark, um dieses, da er es von der Reichsbank als Zahlungsmittel erhalten hatte, an das Publikum weiterzugeben. Der Kassierer erzeute keine Kundenschaft, indem er jedem etwas wertbeständig ausbündelte. Doch mit des Geldes Wächter ist kein echter Hund zu fesseln. Es erschien nämlich alsbald ein jogenannter „leitender Herr“, der wohl davon gehört hatte, um sich schnellstens seine Papiermarkbestände in wertbeständiges Geld umzuwechseln, trotzdem er bei jeder Gebaltszahlung seinen Teil an wertbeständigem sowie erhielt. Daß dieses Wechselgeschäft sich

Besegnete Einseitigkeit.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es gibt in der Naturgeschichte ein merkwürdiges Entwicklungsgegesetz, das den Menschen scheinbar benachteiligt, in Wirklichkeit bevorzugt. Es ist das Gesetz der einseitigen Entwicklung. Nervendynamisch ist es am bekanntesten durch die unlinkeitige Ausbildung des Sprachentrums im Gehirn und wahrscheinlich auch linksseitige Höherbildung des muskulösen Empfindungsorgans. Alle Mittel, die Doppelseitigkeit der menschlichen Leistungen, die Doppelseitigkeit u. a. auszubilden, scheitern daran, daß nicht ohne Zweck die Einseitigkeit von der Natur vorgebildet ist. Durch diese natürliche Stärker- und Höherbildung wurde die Qualität, die Sicherheit und Güte der Leistung auf Kosten der Reizleistungen, der quantitativen Verbesserungen deutlich gehoben. Und auch im geistigen Bereiche scheinen die einseitigen Begabungen durchschnittlich einen besseren, wertvolleren Top abzugeben als die Unioersalbegabten (von den Genialen abgesehen). In der Kunst verehren wir die Ausnahmeerscheinungen der Vollmeister zwar um so mehr, je seltener sie sind. Bei dem musikalischen Talent oder bleibt die herrlich entwickelte Einseitigkeit besser als die matt entwickelte Vielseitigkeit. Es werden, nach Gemütsanlage, Technik und Lebenszufahrt, Meister eines kleinen Kunstauschnitts, sie bleiben Handwerker, kümpernde oft, wenn sie aus ihren Gleisen herausstreiten. Ausnahmen bekräftigen die Regel. Der junge Dirigent Werner Radwig ist keine solche Ausnahme. Er dirigiert die Jupiter-Sinfonie Mozarts mit einer Außerordentlichkeit, die keine Beziehung zu des Werkes Wesen hat. Mit scharfen Luftstrichen erlärte er Melodie, schwebendes Ringen, mit harten Bewegungen konturiert er, was süßernart eingeholt ist. Ihm fehlt die Grazie, die weltliche Leichtigkeit, die stoffliche Abstraktion für einen singenden Mozart-Dirigenten. Dann aber packt er Bruckners Sinfonie an; oder besser: das Werk packt ihn an. Er scheint ergriffen von der Tragik des ersten Satzes, der so sonderbar in F-moll schwebt (während es eine C-moll-Sinfonie gilt), er vereinigt sich mit dem deutschen Michel des Scherzo, das ebenso gemalt-herrlich wie träumerisch klingt, er steigert das Werk in die Klasse eines schmerzhaft stehenden, dennoch beglückten Adagio-Rührers, der hier, ein Wagner der Sinfonie, sich selbst und sein Hoffen ethisch erfüllt. Radwig dirigiert ein vom Lobesengel besädeltes Adagio mit der Inbrunst eines im guten Sinne deutschen Kapellmeisters. Noch eine Probe mehr, und er wäre auch über die Tüden des Scherzo hinweggekommen. Der edige, ungraziöse, von Kraft durchpulste Rhythmiter hat, allem Holden und Leichten fern, seinen Meister gefunden: Bruckner. Er meide Mozart.

Von einem Don Juan Casanova sollte man doppelte Erotik verlangen. Nun, er zeigt seine technische Handfertigkeit mehr als seine Einseitigkeit (bei Rufforscht). Vielleicht schwingt er sich an der Klangewelt Ravels höher empor. Sicher ist er ein sehr gewandter Begleiter. Armando Palacios, sein Landsmann, ist ein Schüler Richard Köhlers. Dieser als Bagadoge hochgeschätzte Pianist verbindet als Schumann-Spieler mit einer selbstverständlichen Ueberlegenheit der Technik all die Ausdrucksfeinheiten, die von der Phantasie, Leidenschaft, Kraft und Liebe des Werks (op. 17) ausgehen sollen. Ihm strömen sie in Hand und Blut; und so wird kein Spiel

nicht etwa nur auf 1, 2, 5 oder 20 Rentenmark beschränkt, sondern nicht betont zu werden. Nachdem das Geschäft beendet war, wurde das Telefon in Bewegung gesetzt und die Hauptkasse aufgeschlossen, die in der Stralasse 1 befindlichen Rentenmark einzuziehen. Auszahlungen dürften keinesfalls mehr erfolgen (der Vorstand hatte sich ja eingedeckt). Ausgegeben wurde das Geld zum Kurse von 1 Rentenmark = 600 Milliarden, zwei Stunden später wurde für die Rentenmark 1 Billion Papiermark gezahlt.

Es ist also kein Wunder, daß die Rentenmark nicht im Verkehr erscheint, da die mit ihrer Ausgabe betrauten Stellen zunächst nur daran denken, das eigene Schälchen ins Trockene zu bringen. Aber was sagt der Magistrat zu diesen störrischen Geplagenheiten?

Wer ist der Schuldige?

Der Skandal bei Auszahlung der Erwerbslosengelder.

Seit etwa 8 Tagen stehen die Erwerbslosen vor den Kassenstellen der Erwerbslosenfürsorge, um die ihnen zustehende Unterstützung abzuholen. Fast täglich müssen sie die Enttäuschung erleben, nach vollständigem Warten entweder eine kleine Abschlagszahlung zu bekommen oder aber auch ganz leer nach Hause zu gehen. Die den Beamten überwiesenen Mittel decken nicht im entferntesten den angemeldeten Bedarf. Die Erwerbslosen sind über diese Behandlung empört und das mit Recht. Durch die teilsweise Lieferung der angeforderten Mittel werden die Erwerbslosen tatsächlich dem Hunger vollkommen preisgegeben. So ereignete es sich am Dienstag in der Bankstraße vor Zahlstellen der Erwerbslosenfürsorge, daß viele Erwerbslose durch das lange Stehen vollkommen erschöpft zusammenbrachen und die Feuerwehr alle Hände voll zu tun hatte, die Bergwerkstufen und Bergungstern fortzuschaffen. Die Bezirksämter werden in ihrer Arbeit lahmgelegt; ihre Beamten und Begeleitern sind täglich auf dem Wege nach dem Rathaus, um mit Nachdruck auf die Lieferung der nötigen Mittel zu drängen, die in der Hauptsache vom Reiche der Stadt überwiesen werden. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, wird darüber gestritten, ob die Zentrale für Erwerbslosenfürsorge oder die Stadthauptkasse als Schuldige in Frage kommen. Eine Stelle schiebt der anderen die Verantwortung zu. Darüber aber verhungern die Arbeitslosen. Hier sollte mit eiserner Energie zugegriffen und festgestellt werden, wer die Schuldigen sind, und zwar schleunigst. Es muß immer wieder gefordert werden, daß allen anderen Zahlungen die Erwerbslosenfürsorge unbedingte Vorrang geben.

Wieder Sturm auf Bäckereien.

Nachdem der Vuytag ruhig verlaufen war, setzten am Donnerstagvormittag die Plünderungen von Bäckereien wieder ein. Gegen 10 Uhr vormittags fiel eine Menge von etwa 500 Personen in die Bäckerei „Nordstern“, Lange Straße 117, ein und plünderte den Laden völlig aus. Die Täter nahmen 35 Brote und 240 Schrippen. Zwei Täter wurden ergriffen. Um 10 1/2 Uhr ereilte die Bäckereifirma von Hanke, Köpenicker Str. 23, das gleiche Schicksal. Hier stahlen die Plünderer 30 Brote und entlanten mit ihrer Beute. Zu einer wüsten Szene kam es gegen 11 1/2 Uhr vormittags vor der Bäckerei im Hause Königsberger Straße 9/10. Als hier eine Kette junger Burschen den Laden zu plündern versuchte, trat ihnen ein Kriminalassistent entgegen und nahm zwei der Burschen fest. Die Kampagne des Sittierten fielen sofort über den Beamten her, mißhandelten ihn und schlugen ihn zu Boden, so daß die beiden Sittierten entkommen konnten. Ferner wurde die Bäckerei von Reinhold Lade, Melchiorstraße 25, ausgeplündert. Als die herbeigerufene Polizei erschien, waren die Täter bereits entkommen. Bei dem Versuch einer etwa 80köpfigen Menge, den Bäckereiladen von Hermann Biesner, Richtofenstr. 34, zu plündern, wurden 7 der Eindringlinge festgenommen. Um 12 Uhr mittags zog ein größerer Trupp Menschen durch die Köpenicker und Wangelstraße und suchte die Bäckereien in diesen beiden Straßen heim. Polizeibeamte verfolgten die Plünderer und nahmen einen von ihnen fest.

Neue Tricks der Metalldiebe.

In welcher raffinierter Weise die Metalldiebe das wertvolle Material aus den Fabriken durch Umgehung der Kontrolle heranzubringen verleben, zeigte eine Verhandlung gegen den Produzentenhändler Samuel Stockheim wegen Hehlerei vor der Strafkammer des Landgerichts I. Bei Stockheim waren zahlreiche Metalle beschlagnahmt worden, die auf den ersten Blick als Diebesgut erkannt wurden. Es waren darunter Kupfer- und Messingdrähte,

die so zusammengebrocht waren, daß sie die Form einer Einlegesohle hatten. Telefon- und Telegraphendrähte bildeten eine flache Leinwand einlage, die gut eine Dreifache hinhäufigen konnten. In ähnliches Weise war auch anderes Material ausgerichtet, um der strengen Kontrolle ein Schnippen zu schlagen. Die Erklärung des Angeklagten, daß er die Sachen nicht als gestohlene hätte erkennen können, nützte ihm nichts. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu einem Jahr 6 Monaten Zuchthaus und ordnete auch seine sofortige Verhaftung an.

Wer ändern eine Grube gräbt...

Unter einer schweren Beschuldigung stand ein Ausschler vom Postamt 59, bis sie jetzt als falsch erwiesen und ihr Urheber selbst als der wirkliche Schuldige erkannt wurde. Beamte der Kriminalpolizei, die sich mit einem in den Verkehr gebrachten gestohlenen Scheck beschäftigten, stießen bei der Feststellung der Uranten auch auf einen Ingenieur Friedrich Bölle aus der Bahnstraße 16. Zur Rede gestellt, behauptete dieser, er habe den Scheck in einem Lokal in der Bappstraße von einem großen Mann bekommen, von dem er glaube, daß er Beamter des Postamts 59 sei. Hier fiel nun der Verdacht auf einen Ausschler. Bei der Gegenüberstellung bezeichnete Bölle diesen auch ganz bestimmt als den Mann, der ihm den Scheck zum Einlösen übergeben und für die Bemühung 10 Proz. versprochen hatte. Der also Beschuldigte bestritt aber ganz energisch, mit der Sache irgend etwas zu tun zu haben. Bölle wurde nun noch schärfer ins Gebet genommen und gab endlich zu, daß er den Ausschler zu Unrecht beschuldigt habe. Wie er jetzt sagt, müsse der richtige Empfänger dadurch um den Brief und den Scheck gekommen sein, daß die Post ihn irrtümlich in ein falsches Schließfach gelegt habe. Böllers Schließfach liege neben dem des Empfängers. Das ist zwar richtig, jedenfalls hat sich aber der Ingenieur den Scheck rechtswidrig angeeignet und sich mindestens der Fundunterdrückung und der Urkundenfälschung schuldig gemacht.

Von der Ehefrau bestohlen? Rasch wurde das Gold- und Juwelengeschäft von Kurt Fiedinger, Hermannstr. 66 in Reußstr. von Eindringern heimgesucht. Die Täter waren mit einem Raschläffel eingedrungen und hatten einen Reiselord, der mit Uhren angefüllt war, gestohlen. Der Inhaber des Geschäfts vermutet, daß seine Frau, mit der er in Scheidung lebt, die Sachen gestohlen hat.

Einen schweren Strafausspruch erlitt vormittags der 65 Jahre alte Tischler Gustav Bierke aus der Skaliger Str. 8. Er wurde an der Ecke der Markgrafen- und Behrenstraße durch einen Radler umgerissen und durch ein Auto überfahren. Mit einem Rippenbruch und inneren Verletzungen brachte man ihn nach dem Elisabeth-Krankenhaus.

Zwei neue Jugendherbergen in Spandau wurden am Mittwoch mit einer schlichten Feier eingeweiht. Die eine Herberge befindet sich im städtischen Jugendheim in Spandau, Neuenhofer Straße. Stadtrat Genosse Dr. Herz hielt als Vertreter des Bezirksamts Spandau die Welherede. Er betonte die Notwendigkeit der Fortführung auch dieser sozialen Arbeit und vermahnte auf den Weg der Selbsthilfe, wie er hier befruchteten worden sei. Die zweite Herberge befindet sich in der Preussischen Hochschule für Arbeitsstätten (Arbeitskammer) in Spandau. Der Direktor der Hochschule, Ministerialrat Prof. Otteudorf vom Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, übergab die Herberge der Benutzung und stellte die musikalischen Einrichtungen der Hochschule, besonders auch die Turn- und Sportanlagen zur Verfügung. Durch die beiden Herbergen werden im ganzen 150 Betten zur Verfügung gestellt.

Jugendweibe reutlos. Der Vorbereitungskursus beginnt am Freitag, den 22. nachmittags 4 Uhr, im Schauspielhaus der Anaden-Mittelschule Donaustraße. Anmeldebüro dort. Anmeldegebühr 10 Mark.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet heute, Freitag, abends 8 Uhr, einen großen republikanischen Vortragabend in Schönberg, Schlossstr. 122/3, bei dem Senatspräsident Behring und Genosse Dr. Hans Simon über die politische Lage referieren werden.

Typographie. Gelangweilte Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Chemiker Alexander Reinbaum, veranstaltet am Samstagabend im großen Saal der neuen Welt, Hohenstraße, ein Konzert. Beginn 7 1/2 Uhr abends.

Der bekannte „Nordpolenbauer“ Dr. Coos wurde wegen Betruges zu einer hohen Gefängnisstrafe und einer Geldbuße von 12 000 Dollar verurteilt.

beseitigt Aussprache. Sein Schüler Palacios ist nach nicht von solcher Suggestivität. Höchster Respekt vor seiner braunrotenen Fertigkeit, vor seinem untadeligen Griff und vor dem Temperament seines Anstalts lassen (bei Vorklängen op. 18) dennoch eine Lücke der inneren Begeisterung und Wärme vermissen. Allerdings gibt das Werk über Licht- und Schalkowitsch-Erinnerungen hinaus nicht viel mehr als geschickte, virtuos-wirksamen Kuspuf. Michael Zadora hat nicht oft so gespielt, wie in den abgeklärten Minuten, da er Hitzs Weihnachtsbaum in allen Lichtern feierlicher Andacht leuchten ließ. Das war einmal ruhenlos, einprägnante, Gefühl vermittelnde und erhebende Meisterschaft.

Das Baghaller-Quartett scheint frei von Einseitigkeit. Reizvoll, handig, Schalkowitsch; das ist immerhin eine auf- und absteigende Geschmadsreihe. Wir schienen die Herren (Baghaller, Krips, Reiz, Kraus), immer natürlicher und dank der Blutsverlebung des stark führenden, stark herausstretenden Priemegeiger größer, wenn sie in Werken des Sturms und Affekts, nicht der gebändigten, abgeklärten Leidenschaft musizieren; Musikanten des allegro succo und giusto. Das legten sie bei Schalkowitschs F-dur-Quartett mit allem Glanz hin. Einseitige Begabung bedeutet oft auch einseitige Entwicklung des Geschmads. Klaus Bringsheim ist zwar vielseitig; aber es ist vielleicht ein Glück, daß er davon nichts spüren läßt. Seine konzentrische Einstellung auf Mahter, sein lebendiges Verwachsenen mit Mahlerischer Kunst brachte auch die Dritte Sinfonie zu einer sattem, vernünftigen, einprägnanten Darstellung.

Rentenmark-Aphorismen.

Man soll die Rentenmark nicht vor der Ausgabe haben.
Die Papiermark in der Hand ist besser als zehn Rentenmark auf dem Dache.
Früher freute man dem deutschen Volke Sand in die Augen. Jetzt Rentenmark.
Die Estimos haben sich zur Emission von 300 Billionen Rentenmark entschlossen. Die Rentiere werden gegen Entwertung gebett.
Es ist ein Verium, wenn die Rentier glauben, Anspruch auf Rentenmark zu haben. Ihre Guthaben sind durch produktive Arbeit der Banken in Papiermark „sonnertiert“ worden.

Grinsend sprach die Papiermark zur Rentenmark: „Dankst du dich auch besser — du bist aus demselben Papier, von demselben Maschinen, mit denselben Beltern bedruckt wie ich.“ — „Mein Weg geht aufwärts!“ antwortete die Rentenmark hochmütig. Die Papiermark zuckte nickend mit ihren Küssen... „Abwarten.“

Gestern wurde das Ueberfallkommando nach Alt-Rohbit beordert, wo sich ein riesiger Menschenauflauf gebildet hatte. Einem Arbeiter war bei der Lohnzahlung versehentlich eine Rentenmark ausgehändigt worden! Im Ru kamen sich 40 000 Menschen an, das Wunder zu bestaunen. e. r.

Sonne im Herbst. Der Wald steht in des Herbstes Bonn. Er hat seine ganze Kraft angesetzt, um vor dem Schloßengehen noch einmal zu erstrahlen. Gelbe und rote Blätter wechseln in allen Schattierungen tausendfältig miteinander ab und mit diesen Farben spielt in transester Harmonie goldener Sonnenschein. Das Ganze bildet einen in sich zerfließenden Regenbogen von unbefehllicher Schönheit. Unter mir rauscht das abgefallene Laub, trockene Zweige knochen unter meinem Tritt — sonst tiefe Stille ringsum. Raun ein Vögelin läßt keinen Ruf erschallen.

Der geschnäbelte Herberde Wald scheint keine Verachtung gegen die Menschheit auszudrücken: „Seht, mich kümmern keine Sorgen. Wenn meine Zeit gekommen ist, helfe ich mir selbst.“

Die Ruhe im Walde, verbunden mit seinem Feiertagskleid und dem herblichen Sonnenglanz täuschen uns aber nicht über sein Sterben hinweg. Kein noch so heller Sonnenschein vermag den Herbst in der Natur abzuleugnen. Und wenn die Sonne sinkt und die Bäume lange Schatten auf die Erde werfen, weiß man nicht, was morgen ist — trotz des heutigen Festkleides. Das Morgen ohne Sonnenschein kann für den Wald daselbe sein wie für den Menschen der graue Alltag. Sonne im Herbst ist eben nur vergänglichster Fittler, ebenso wie den sterbenden Menschen ein in Aussicht gestelltes glanzvolles Begräbnis nicht mehr ins Leben zurückrufen kann.

Zwei Eiskälcher spielen am Stamm einer Buche. Sie sind das einzige, was im sterbenden Wald trotz Sonnenschein noch auf Leben hindeutet. R. S.

Das Tagebuch des letzten Jahres. Nikolaus II. hat in seinen Tagebüchern die genaueste Chronik über sein Leben geführt, und deshalb bieten diese Notizen ein wichtiges Material zum Verständnis seines Geschicks. Sie werden jetzt nach den unerschütterlichen russischen Handschriften von Prof. E. Weigunoff im Verlag Wulfen herausgegeben. Vom Jahre 1890, da der Zar als junger Mann noch unter der Vormundschaft seines Vaters lebte, führen sie bis zum Jahre 1917 in die Tage der Gefangenschaft nach der Abdankung.

In der Staatsoper werden heute, Freitag, wegen Erkrankung des Herrn Bohnen halt „Margarete“, Die Reiterlinge“ gegeben.

In der Großen Volkoper ist die Verklärung des Orestes und die dafür erforderliche beherrschende Erweiterung des Orchesterstammes jetzt durchgeführt. Die durch die Begabung von zwei Partituren mangelhaften Nähe sind im Zuschauerraum verteilt worden.

Im Deutschen Theater muß die Premiere von „Cajdau“ auf Sonntag verschoben werden. Alle für Freitag geübten Karten behalten Gültigkeit. Beginn 7 Uhr.

Paul Kaffrey, Viktoriastraße 33, eröffnet am 24. eine Sonderausstellung E. L. Richter, die in einer Reihe von mehr als vierzig in Berlin zum ersten Mal gezeigten Gemälden einen umfassenden Überblick über das Schaffen des Künstlers in den letzten Jahren geben wird.

Urania. Am 22. Nov. 6 Uhr abends, spricht Dr. F. M. Traub vom Museum für Völkerkunde über „Die biblische Entdeckung Japans, seiner Kultur und Religion“ mit Lichtbildern.
Museumsführungen. Sonntag, den 23. 11. Uhr vormittags, finden Führungen durch Direktoriatsräume im Reiter-Friedrich-Museum („Goldbüchse Gemälde“ — Dr. Vogt) und im Museum für Völkerkunde (Museum) — Dr. Schatzkabel) statt. Eintrittskarten sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Die Aussprache nach der Kanzlerrede.

Als erster Redner nach dem Reichskanzler sprach in der Reichstagsitzung am gestrigen Donnerstag

Reichsfinanzminister Dr. Luther:

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat noch keine hinreichende Vorstellung davon, wie hart der Druck der Not auf dem Wege der Finanzen heute auf unserem Staatswesen und auf unserem Volke liegt. Es ist vielleicht nicht bequem mitanzuhören (die meisten Abgeordneten haben nach der Kanzlerrede den Kopf verlaufen), wie heute unsere Finanzen stehen. Unzählige Lieblingswünsche, die das Volk in allen seinen Teilen seit Jahren geübt hat, sind nicht mehr zu erfüllen. Die Zeit ist vorbei, wo man mit dem allgemeinen Anerkennung auskommen konnte: Es steht schlecht um unsere Finanzen, ja aber dies und jenes muß doch noch gemacht werden. Wir können uns ein Leben überhaupt nur erhalten, wenn wir alle miteinander durchdringen sind von der Tatsache, daß nur

eiserne Sparjamfelle

uns von dem Untergang retten kann. Die Zeit der Inflation hat unser Volk verhöhnt. Es ist heute eine Sühnarbeit, die Reinigung aus den Köpfen herauszureißen, als ob durch Rotendruck immer wieder neue Mittel geschaffen werden könnten. Die Rotenpresse mußte aber seit dem 5. d. W. endlich stillgelegt werden und mit diesem Zeitpunkt war es vorbei mit dem Leben auf Grundlage der Inflation. Diese Stilllegung der Rotenpresse ist nur die Folge davon, daß unsere Mark, das mit der Rotenpresse hergestellte Zahlungsmittel, ihren letzten Lebenshauch hergegeben hatte.

Das Zahlungsmittel der Mark ist tot.

Es kam die Stunde, wo die Vorbereitungen für das neue Zahlungsmittel sofort begonnen werden mußten; das war die Stunde, als das Ermächtigungsgesetz verabschiedet wurde. Vom ersten Tage an ist dann die Arbeit für die Schaffung einer wertbeständigen Währung aufgenommen worden. Von Anfang an herrschte aber ein solcher Ansturm nach der Ausgabe des wertbeständigen Zahlungsmittels, daß wir zunächst kleinere Mengen von Rentenmark in den Verkehr geben mußten, die sich aber bald als unzureichend erwiesen. Das Ganze kann eben nur ein Uebergang sein. Es gibt nur eine gute Lösung: Erstens Ordnung in die deutsche Wirtschaft bringen und zweitens Währung auf Goldgrundlage. Gegen die unbedingte Entwertung der Goldpreise wird die Regierung mit jedem nur möglichen Mittel vorgehen. Unser Uebergangshaus ist so aufgebaut, daß seine Ausführung überhaupt nur denkbar ist bei Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben. Wenn es nicht gelingt, die Ausgaben herabzusetzen und die Einnahmen zu erhöhen, so gibt es für das deutsche Volk keine Lebensmöglichkeit mehr. Wir müssen mit den Mitteln durchkommen, die wir haben. Die Hilfe des Auslandes ist abhängig von unserer eigenen Leistung. Es kommt vor allen Dingen darauf an, daß wir schnell Einnahmen heben und es muß bald eine durchgreifende Regelung des gesamten Steuerwesens erfolgen. Vielleicht wird es zu der Notwendigkeit kommen, die ganzen Steuerfragen in einem großen zusammenhängenden Akt auf der Grundlage des Artikels 48 der Verfassung zu erledigen. (Zuruf links: Das ist ansehbar.) Ich befreite die Ansehbarkeit, denn wenn es uns nicht gelingt, in absehbarer Zeit ordnungsmäßige Einnahmen zu erhalten, dann wird nichts mehr gefährdet sein als die öffentliche Ruhe und Sicherheit. Meine Vorlesungen gehen zum Teil über die Pläne hinaus, wie sie von Minister Hilferding ausgearbeitet worden sind. (Hört! hört!) Die Belastung der Steuern von den Folgen der Geldentwertung muß aufzuheben gebracht werden. Die Steuern werden daher auf Goldbasis gestellt werden müssen. Ferner muß, soweit möglich, eine Vereinheitlichung der Steuermerkmale erfolgen. Bei der Lohnsteuer wird eine weitgehende Vereinfachung Platz greifen. Bei der Einkommensteuer wird man für 1924 Borschußstellungen, aufgebaut auf rohen Wertnoten, erheben müssen, und dabei wird auch an diejenigen, die großen Aufwand treiben und von der Substanz leben, ohne bisher von irgend einer Einkommensteuer erfaßt zu sein, nicht länger vorüberzugehen sein. Ueber die Regelung des Finanzausgleiches werden die Verhandlungen mit den Ländern eifrig fortgesetzt. Das Baumessen wieder in Schwung zu bringen, muß ebenfalls zu den Hauptaufgaben der nächsten Zukunft gehören.

Abg. Marx (3.)

gibt für keine Partei folgende Erklärung ab: Die Zentrumsfraktion stellt mit schmerzlichem Bedauern fest, daß das deutsche Volk sich in unfruchtbarem Parteistreit verliert. Eine Regierungskrise folgt der anderen, während insbesondere auch dem Ausland gegenüber eine harte, sich auf eine möglichst große Mehrheit des Reichstags mit einheitlichem Willen stützende Regierung notwendig ist. Die Zentrumsfraktion hat deshalb alles, was in ihren Kräften stand, getan, um die große Koalition zu halten. Aus der gleichen Gesinnung heraus ist sie bereit, sich hinter die jetzige Regierung zu stellen, unbeschadet mancher Bedenken gegenüber einzelnen Maßnahmen und Unterlassungen des Reichskabinetts, die auf innerpolitischem Gebiete liegen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die angebahnten besseren Beziehungen zu einer Reihe von Ländern, die bereits zu dankenswerten Hilfestellungen gefügt haben, zur Besserung der Lage des deutschen Volkes beitragen mögen.

Die Zentrumsfraktion billigt es, daß die Reichsregierung in Sachsen und Thüringen mit fester Hand wieder geordnete Zustände schafft. Wir gehen aber auch dem dringenden Verlangen Ausdruck, daß

das Verhältnis zwischen Reich und Bayern baldigt wieder in verfassungsmäßige Bahnen geleitet wird.

Wir erwarten durchgreifende Maßnahmen zur Steigerung der Produktion, ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten aller Träger der Wirtschaft, insbesondere fordern wir die

schleunigste Erledigung des vorliegenden Arbeitszeitgesetzes.

Die aufs äußerste gefährdete Ernährung des Volkes kann nur dann erträglicher gestaltet werden, wenn die deutsche Landwirtschaft dem warmen Appell des aus ihrer Mitte hervorgegangenen Ernährungsministers Folge leistet. Als wesentliche Voraussetzung hierzu fordert die Zentrumsfraktion die energische Weiterführung der Maßnahmen zur Bereitstellung wertbeständiger Zahlungsmittel, namentlich auch die baldige Schaffung der Goldnotenbank. Andererseits verlangen wir aber auch, daß die Regierung alle Mittel ergreift, um die landwirtschaftliche Erzeugung zu fördern und zu sichern. Die Zentrumsfraktion fordert das ganze deutsche Volk auf, den Glauben an eine bessere Zukunft des Vaterlandes nicht zu verlieren und mit vereinter Kraft an seiner Rettung zu arbeiten.

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.):

Die Deutsche Volkspartei beschränkt sich auf folgende Erklärung: Wir bedauern aufs tiefste, daß die deutsche Regierung den von Frankreich offensichtlich eingeleiteten separatistischen Bestrebungen im besetzten Gebiet, der offenen Verleitung zum Hochverrat nur mit diplomatischen Mitteln gegenübertritt. Wir begrüßen dankbar die wiederholte Erklärung der Regierung, daß sie sich einer Abtretung des Rhein- und Ruhrgebietes mit allen Mitteln widersetzen wird. Wir erwarten, daß das Reich den besetzten Gebieten jede Hilfe, insbesondere auch finanziell jede irgendwie tragbare Unterstützung zuteil werden läßt, und daß sie eine unterschiedliche Behandlung des besetzten und unbesetzten Gebiets vermeidet. Noch dem schnellen Ende des unverantwortlichen Putzsches rechtsradikaler Elemente in Bayern besteht nach unserer Auffassung die Möglichkeit einer sachlichen Erledigung der zwischen Bayern und dem Reich schwebenden Fragen. Wir

haben die feste Ueberzeugung, daß auch Bayern die Erhaltung der Reichseinheit wünscht, und wir glauben, daß unter diesen größten aller Gesichtspunkte gesehen die bestehenden Schwierigkeiten beigelegt werden können. Die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Sachsen und Thüringen war eine Aufgabe, der sich die Reichsregierung nicht entziehen konnte, und der sie sich mit anerkannter Energie unterzogen hat. (Hört! hört! b. d. Komm.) Mit der Bevölkerung dieser Gebiete wünschen wir, daß die dauernde Aufrechterhaltung geordneter Zustände in ganz Mitteldeutschland gewährleistet werden möge. (Erneutes Hört! hört! b. d. Komm.)

Eine vorzeitige Aufhebung des Belagerungszustandes kommt aus diesen Gründen unseres Erachtens nicht in Frage.

Die ungeheuren Schwierigkeiten der Währungsfrage haben ihre schnelle Erledigung leider verhindert. In der nunmehrigen Herausgabe der Rentenmark, in den Bestrebungen einer definitiven Lösung durch die Goldnotenbank ist der erste Versuch zu erblicken, die bedauerliche Gefährdung der Ernährung, insbesondere der Großstädte und der Industriegebiete, zu beseitigen. Der Abbau der Außenhandelskontrolle und die Aufhebung der Demobilisationsverordnungen waren und bleiben erforderlich, erforderlich für die unbedingt notwendige Steigerung des Exports und die Hebung der Produktion, die unerlässliche Vorbedingung für eine Besserung unserer Volkswirtschaft ist. Wir erwarten von der Regierung, daß insbesondere bei der Durchführung des Beamteneinkommengesetzes Härten und schematische Behandlung vermieden werden. Die Deutsche Volkspartei hält gerade im gegenwärtigen Augenblick die Steigertätigkeit in der Führung der Aemter- und Außenpolitik für ein unbedingtes Erfordernis. Das gegenwärtige Kabinett muß in der Lage sein, die übernommenen Aufgaben zu erledigen und insbesondere die hoffnungsvollen Verhandlungen mit ausländischen Kreditgebern, von denen der Reichskanzler sprach, zu einem guten Ende zu führen. Die Deutsche Volkspartei wird sich daher den Bestrebungen, die gegenwärtige Regierung zu beistimmen, auf das eifrigste widersetzen.

Abg. v. Graefe (Dt. Volk.):

Der Redner kann die Tätigkeit des Kanzlers seit dem Ermächtigungsgesetz nicht als die Tätigkeit eines Diktators anerkennen. Man könnte nicht untercheiden, ob in den letzten Wochen, in denen das Parlament nach Hause geschickt war, der Diktator Stresemann oder das parlamentarische Kabinett regiert habe. In Wirklichkeit regieren aber in dieser Zeit die wirtschaftlich interessierten Kreise. Oder regiere etwa das in Auflösung begriffene Parlament? Das Chaos sei überall chronisch geworden. Letzten Endes regieren nur noch die Finanzkreise. (Zuruf links: Die Juden!)

Ja, gewiß, die Juden, die mit dem deutschen Volke Schindluder treiben und es verunglücken lassen wollen.

Der Sturz der neuen Rentenmark werde nicht ausbleiben. Es werde genau so gehen, wie mit dem russischen Rubel, der immerfort neu geschaffen worden sei. Herr v. Graefe erstrbe ein föderalistisches schwarzweißes Deutschland unter Führung Preußens. Die Herren Lubendorff, Hüler usw. mußten sich als verraten betrachten. Auf v. Graefe und Bollow ist durchaus kein Druck ausgeübt worden. Bei dem offenen Demonstrationzug ist dann auf 5 Schritte plötzlich ein Feuerüberfall auf die Nationalsozialisten gemacht worden. Es ist ganz unklar, daß gegen die Reichswehr irgendein nationaler Aufbruch gemacht werden könnte. (Erregte Zurufe links: Hochverrat!) Die Herren auf der Rechten sollten es als Selbstmord erkennen, wenn sie sich weiter hinter die Polizei des Herrn v. Graefe stellen. Mit Maschinenwehren können sie die nationalsozialistische Bewegung nicht mehr ausschlagen. In Thüringen sind unsere Berammungen durch den Leiter des Wehrkreiskommandos verboten worden. Eine derartige Verengung der Möglichkeit für parlamentarische Vertreter, vor ihren Wählern zu sprechen, ist eine Verfassungswidrigkeit, gegen die der Reichskanzler einschreiten muß. Der Redner bringt dann einzelne Fälle unmenüschlicher Behandlung verhafteter rechtsstehender Männer vor. Dieser Reichstag müsse endlich dahin geschickt werden, wo er hingehöre. Dieser Reichstag freile dem Reichskanzler aus der Hand, der fähig das Aufschwundbrot in der Tasche frage. Das sei der Gipfel der Futtertruppenpolitik.

Thüringischer Ministerpräsident Frölich

bestreitet, daß die Verhältnisse in Thüringen den Ausnahmezustand rechtfertigen. In Thüringen ist die Landespolizei immer Herrin der Lage. Nichtrepublikaner gehören natürlich nicht in die Landespolizei hinein. (Großer Lärm rechts.) Die Reichswehr schmäht in Thüringen das Koalitionsrecht, greift in die Verwaltung und das Wirtschaftliche ein und nimmt Hausdurchsuchungen vor, weil in Thüringen bewaffnete Hundertschaften vorhanden sein sollen. Die proletarischen Säugorganisationen sind jedoch unbewaffnet, und die Generale haben den Beweis der Bewaffnung nicht erbracht. Als die thüringische Regierung auf den Beweis drängt, wurde erklärt, daß die Unterlagen dafür unterwegs seien, aber bei der Post gestohlen worden seien. Die thüringische Regierung hat durch eine Getreide-Aktion, gesellschaftl. Wehr und Kartoffeln einführen lassen. Der Militärbefehlshaber beschlagnahmte die Waren, weil die Gesellschaft das Recht hatte, auch außerhalb Thüringens Geschäfte zu machen. Zur Bücherrevision wollte er einen Konkurrenten heranziehen. Auf bloße Denunziationen werden Leute in Schutzhaft genommen und mit dem Gesicht gegen die Wand gestellt. Kommunistische und sozialistische Blätter werden verboten, rechtsgerichtete dürfen ungestraft Reichs- und Länderregierung schmähden. Ein sozialdemokratischer Student wurde in Waltershausen verhaftet, und als er sich die Schuhe anzog, beleidigte ein Unteroffizier seine Frau tödlich, indem er sie mit jämmerlich Lächeln auf das Gesicht klopfte. (Stürmische Beifälle b. d. Sp.) Ich bin alle Wege bis zum Reichspräsidenten persönlich gegangen, deshalb bleibt mir kein anderer Weg als der auf die breiteste Öffentlichkeit. (Hört, hört! links.) Studenten sind zur Ausbildung bei der Reichswehr aufgefordert worden. Ich weiß nicht, ob das auf Grund des Auftrufs der Reichsregierung geschehen ist, die Republikaner möchten sich bereithalten. Ich bitte dringend, den militärischen Ausnahmezustand recht bald aufzuheben oder, wenn es nicht anders geht, ihn wenigstens in den nächsten Überzuführen. (Leb. Beifall links.)

Abg. Ledebour (H. Sp.) beantragt zur Geschäftsordnung, den Reichskanzler aufzufordern, jetzt die Tatsachen mitzuteilen, mit denen die Abhebung der sächsischen Regierung gerechtfertigt wurde.

Vizepräsident Dietrich erklärt, daß auf diesen Antrag später zurückzukommen werden soll.

Reichswehrminister Dr. Geßler:

Nachdem der thüringische Ministerpräsident heute eine ganze Reihe von Einzelheiten vorgezogen hat, zu denen ich nicht sofort Stellung nehmen kann, behalte ich mir dies für morgen vor, wenn ich das Material eingesehen habe. Den schärfsten Protest lege ich aber gegen die hochherrliche Äußerung des Abg. v. Graefe ein, keine Partei müsse sehr genau, daß sie alle unüberlebensfähigen Veruche nur mit Hilfe der Reichswehr machen könne und daß sie ohne die Reichswehr nichts machen könne. Nichts gibt dem Abg. v. Graefe das Recht, anzunehmen, daß die Reichswehr bereit ist ihren geschworenen Eid zu brechen. (Lachen links, große Unruhe. Zurufe: Bollow!) Der General v. Bollow ist ein einziger, er ist von uns entlassen und seines Dienstes enthoben worden, und dann durch eine Verfügung des Generalkommandos beibehalten worden. Das ist eine politische Frage, die nicht Sache des Wehrministers, sondern des Reichskanzlers ist. Wenn das der Fall wäre, was Herr v. Graefe erwartet, dann

würde zu dem Tag der Schmach von München ein weiterer Tag großer denkfähiger Schmach kommen, von dem ich unser Vaterland nie mehr erholen könnte.

Sächsischer Ministerpräsident Felsch

erklärt, Sachsens Bevölkerung erbehere nicht nur der verfassungsmäßigen Rechte, sondern der selbstverständlichen demokratischen Rechte, absond an ihrer Reichswehr niemals ein Zweifel gemeldet sei. Sie empfinde den Ausnahmezustand als bitteren Unrecht. Für den Reichswehrminister habe es nie einen Anlaß gegeben. (Lachen rechts.) Einzige bedauerliche Ausschreitungen seien infolge Arbeitslosigkeit und Not wie in anderen Gegenden auch in Sachsen vorgekommen. Aber dagegen habe immer die Polizei ausgerückt.

Unverantwortliche Ueberschreitungen in der Presse hätten der sächsischen Industrie bei ausländischen Auftragsverträgen schwer geschadet.

In Sachsen sei die Rechts- und Eigentumsicherheit jederzeit mindestens ebenso gesichert gewesen wie in jedem anderen deutschen Lande. Der Minister trägt hierauf eine Reihe von Fällen vor, in denen in Sachsen die Reichswehr nach Auslösen der Beteiligten Staatsbürger vergewaltigt und mißhandelt hat. Der Wehrkreiskommandant hat, so fährt der Redner fort, auch in die innere Landesverwaltung eingegriffen, z. B. Polizeibeamte abgesetzt.

Wo soll bei solchen Zuständen die Einigung herkommen, von der der Reichskanzler sprach? Das Vorgehen gegen die sächsische Regierung bespreche ich deshalb heute nicht, weil diese Angelegenheit vor dem Staatsgerichtshof schwebt. Das Wehrkreiskommando hat sogar die sächsische Regierung der Mithilfe an einer streitbaren Handlung nach § 358 StGB. beschuldigt. Die sächsische Regierung ist zum Einvernehmen mit der Reichsregierung bereit, aber auf dem Boden der Verfassung. In Sachsen ist der militärische Ausnahmezustand nicht nötig. (Beifall links.)

Abg. Ledebour (Unabhg.) bringt nunmehr den Antrag ein, den Reichskanzler aufzufordern, das Wort zu nehmen, um Auskunft über die Gründe der Abhebung der sächsischen Regierung zu geben.

Vizepräsident Dietrich erklärt diesen Antrag für unzulässig, da der Reichstag den Reichskanzler nicht zwingen könne, das Wort zu nehmen.

Abg. Dittmann (Soz.) widerspricht dem und betont, daß die Ausführungen des Reichskanzlers über diesen Punkt unzureichend waren.

Vizepräsident Dietrich will über die Zulässigkeit des Antrags abstimmen lassen.

Abg. Kahl (D. Sp.) findet den Antrag unzulässig.

Vizepräsident Dietrich: Man kann den Reichskanzler nicht zwingen, so zu reden, daß seine Rede auch einen Inhalt hat. (Heiterkeit.)

Der Antrag ist damit erledigt.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.): Beide Kreise der Bevölkerung in Sachsen, auch der Sozialdemokraten, haben es mit Freude begrüßt, daß gegen die Regierung Zeigner eingeschritten wurde. Die sächsische Industrie kann geradezu auf dem Weltmarkt keine Rolle mehr spielen. Die Regierung Zeigner hat die Fäden gegen die Unordnung am Boden schließen lassen. Der Redner findet das Vorgehen der Reichswehr notwendig und einwandfrei. Er schildert Mißhandlungen von Bürgern durch Angehörige sächsischer proletarischer Hundertschaften. In Thüringen hätten die Hundertschaften sogar in friedliche Bürger hineingefeuert, einen Mann getötet und sieben schwer verletzt. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Deutscher (D. Sp.) polemisiert als Thüringer gegen Frölich und erinnert an die zahlreichen blutigen Ausschreitungen nach dem Rapp-Butsch und dem Rathenau-Mord in Thüringen, besonders in Eisenberg (Lärm b. d. Komm.), ferner an Vorgänge in Gotha nach einer verbotenen Versammlung des Jungdeutschen Ordens, wo man mit Gummiknüppeln, Schlagringen, ja mit einem Panzerauto gegen die Ordensbrüder vorgegangen sei. Dieser Orden sollte in Gotha durch geschlossene proletarische Hundertschaften zusammengeprellt werden. Dagegen ist man nicht eingeschritten. Die Ziele des Ordens seien durchaus edel und vaterländisch. In Jena wurde sogar ein Oberleutnant entlassen, weil er sich weigerte, Denunziantendienste zu leisten. (Beifall rechts.) In Thüringen sei über das Parlament sogar noch ein außerparlamentarischer Ausschuss der Linkspartei gesetzt worden, der u. a. den Generallandsturm vorbereitet habe. Die ganze Thüringer Bevölkerung habe die Reichswehr mit Freuden begrüßt, bis in die Kreise der Arbeiterschaft hinein, weil sie eben wieder Ruhe und Ordnung gebracht habe. Die Reichswehr sei stets ruhig und sachlich vorgegangen. Frölich könne man der Reichswehr scharfes Einschreiten nicht verdenken, wenn sie z. B. selbst beschossen werde.

Abg. Rohde (Soz.) verlangt Zurückziehung der Reichswehr aus Sachsen und Thüringen.

Abg. Henning (D. Sp.) erklärt gegenüber dem Reichswehrminister, er habe nur erklärt, es sei verbrecherisch und aussichtslos, einen nationalen Umsturz gegen die Reichswehr ins Werk zu setzen. Dabei sei die Frage gänzlich unberührt, ob man mit der Reichswehr etwas unternehmen wolle. (Gelächter links.) Der Minister habe ihn persönlich angeempelt, obwohl ihm gar kein Urteil darüber zustehe, ob hier Hochverrat vorliege.

Reichswehrminister Dr. Geßler:

Ein großer Teil des Hauses hat die Ausführungen Henning's so verstanden wie ich. (Zustimmung.) Aber wenn man Ihre (zu dem Reichspräsidenten) Reden aus dem Regativen ins Positive übersehen will, dann wollen Sie es immer nicht gewesen sein. Wie erklären Sie sich denn die Vorgänge in der Feldherrnhalle? Demals haben Sie die neugestaltete sächsische „Reichsregierung“ wohl für die verfassungsmäßige Regierung gehalten, welcher die Reichswehr nunmehr den Eid schuldig ist? (Der Minister fährt mit etwas heftiger Stimme fort.)

Sie haben acht junge Leute auf dem Gewissen!

Wie können Sie da den Mut aufbringen, hier zu sagen, ich hätte Sie persönlich angeempelt? Als früherer Soldat sollten Sie wissen: Der Eid des Soldaten ist heilig! Und wer davon zu rütteln wagt, der begeht das größte Verbrechen, das man an der Zukunft der deutschen Republik begehen kann! Oder meinen Sie, daß es einen Eid gegenüber der „Audenrepublik“ nicht gibt? Oder wollen Sie unterscheiden zwischen dem Eid des Offiziers und dem Eid des gemeinen Mannes? Sie haben ein ungeheures Verbrechen begangen! (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Gerade in den thüringischen Dingen haben Sie die jungen Leute vermisst. Verzeihen Sie mir meine Aufregung, aber es ist eben etwas anderes, ob man Objekt oder Subjekt eines Verbrechens ist. Ich bin eingetreten mit allem, was ich als Mann habe, für den Eid und muß dann derartig lauten Aufforderungen über den Eid hier bezeugen! (Zustimmung bei der Mehrheit.) Es ist die Schicksalsstunde für das deutsche Volk und seine Armee, wenn Sie die Dinge des Eides nicht so behandeln, wie es nötig ist. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Henning (D. Sp.) erwidert, daß er nicht gegen den Reichswehrminister persönlich vorgehen wolle. Herr

v. Graefe war zu einer Unterredung in München und habe das sofort in den Zeitungen mitgeteilt. Das schäme ihn vor jedem Verdacht. Daß ein Butsch geplant war, habe er nicht gemerkt. Er hat an dem als reine Demonstration geplanten Zug unbedenklich teilgenommen. Der Eid sei ihm stets heilig gewesen. (Reichswehrminister Dr. Geßler: Sie sollen unseren Eid schonen!) Was hat denn Herr v. Bollow der Reichsregierung und Herrn v. Graefe gegenüber getan? Er hat nicht nur den Eid, sondern auch sein Ehrenwort gebrochen. Dafür ist ihm vom Reichswehrministerium ein herzlicher Glückwunsch für das Gelingen in München gesandt worden.

Abg. Henning (D. Sp.) erwidert, daß er nicht gegen den Reichswehrminister persönlich vorgehen wolle. Herr

v. Graefe war zu einer Unterredung in München und habe das sofort in den Zeitungen mitgeteilt. Das schäme ihn vor jedem Verdacht. Daß ein Butsch geplant war, habe er nicht gemerkt. Er hat an dem als reine Demonstration geplanten Zug unbedenklich teilgenommen. Der Eid sei ihm stets heilig gewesen. (Reichswehrminister Dr. Geßler: Sie sollen unseren Eid schonen!) Was hat denn Herr v. Bollow der Reichsregierung und Herrn v. Graefe gegenüber getan? Er hat nicht nur den Eid, sondern auch sein Ehrenwort gebrochen. Dafür ist ihm vom Reichswehrministerium ein herzlicher Glückwunsch für das Gelingen in München gesandt worden.

Abg. Henning (D. Sp.) erwidert, daß er nicht gegen den Reichswehrminister persönlich vorgehen wolle. Herr

v. Graefe war zu einer Unterredung in München und habe das sofort in den Zeitungen mitgeteilt. Das schäme ihn vor jedem Verdacht. Daß ein Butsch geplant war, habe er nicht gemerkt. Er hat an dem als reine Demonstration geplanten Zug unbedenklich teilgenommen. Der Eid sei ihm stets heilig gewesen. (Reichswehrminister Dr. Geßler: Sie sollen unseren Eid schonen!) Was hat denn Herr v. Bollow der Reichsregierung und Herrn v. Graefe gegenüber getan? Er hat nicht nur den Eid, sondern auch sein Ehrenwort gebrochen. Dafür ist ihm vom Reichswehrministerium ein herzlicher Glückwunsch für das Gelingen in München gesandt worden.

Abg. Henning (D. Sp.) erwidert, daß er nicht gegen den Reichswehrminister persönlich vorgehen wolle. Herr

v. Graefe war zu einer Unterredung in München und habe das sofort in den Zeitungen mitgeteilt. Das schäme ihn vor jedem Verdacht. Daß ein Butsch geplant war, habe er nicht gemerkt. Er hat an dem als reine Demonstration geplanten Zug unbedenklich teilgenommen. Der Eid sei ihm stets heilig gewesen. (Reichswehrminister Dr. Geßler: Sie sollen unseren Eid schonen!) Was hat denn Herr v. Bollow der Reichsregierung und Herrn v. Graefe gegenüber getan? Er hat nicht nur den Eid, sondern auch sein Ehrenwort gebrochen. Dafür ist ihm vom Reichswehrministerium ein herzlicher Glückwunsch für das Gelingen in München gesandt worden.

Abg. Henning (D. Sp.) erwidert, daß er nicht gegen den Reichswehrminister persönlich vorgehen wolle. Herr

v. Graefe war zu einer Unterredung in München und habe das sofort in den Zeitungen mitgeteilt. Das schäme ihn vor jedem Verdacht. Daß ein Butsch geplant war, habe er nicht gemerkt. Er hat an dem als reine Demonstration geplanten Zug unbedenklich teilgenommen. Der Eid sei ihm stets heilig gewesen. (Reichswehrminister Dr. Geßler: Sie sollen unseren Eid schonen!) Was hat denn Herr v. Bollow der Reichsregierung und Herrn v. Graefe gegenüber getan? Er hat nicht nur den Eid, sondern auch sein Ehrenwort gebrochen. Dafür ist ihm vom Reichswehrministerium ein herzlicher Glückwunsch für das Gelingen in München gesandt worden.

